

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal am ersten Sonnabend. — Bezugspreis: 75 Cent pro Stück monatlich. — Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Briefkästen und der Verlag des Politischen Wegweisers, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Der Preis des Heftes beträgt 25 Cent. — Der Preis des Jahresbandes beträgt 7,50 Mark. — Der Preis des Heftes beträgt 25 Cent. — Der Preis des Jahresbandes beträgt 7,50 Mark.

Anzeigenpreis: Für die schmalste Spalte 10 Cent pro Zeile. — Tagespreis: 5 Cent pro Zeile. — Wochenpreis: 30 Cent pro Zeile. — Monatspreis: 1,00 Mark pro Zeile. — Drei Monate: 2,70 Mark pro Zeile. — Halbjahr: 5,40 Mark pro Zeile. — Jahr: 10,80 Mark pro Zeile. — Der Preis des Heftes beträgt 25 Cent. — Der Preis des Jahresbandes beträgt 7,50 Mark.

Nummer 4

Halle (S.), 22. Januar 1927

3. Jahrgang

Krisentage.

Die Sinnlosigkeit der Krise — Kehrt Marx wieder? — Unmöglichkeit Parlamentarismus — Die Ironie des Herrn Curtius — Die Reichsverfassung — Das Spiel der Parteien — Volkspartei gegen links, Zentrum gegen rechts — Die Haltung der Deutschnationalen — Die Kaiserrede Westfals — Gepaltene Auffassung in der Partei — Das republikanische Glaubensbekenntnis — Die Verhandlungen über die Militärkontrolle — Der Konflikt Briand-Poincaré — Vermiedene Krise in Paris. — Herrn Kelloggs Niederlage. — Amerika gegen Abenteuer Gefahren in China.

Die Sinnlosigkeit der letzten Krise, die für jeden Außenstehenden von vornherein klar war, ist durch den Gang der Entwicklung deutlich genug unterstrichen worden. Man begreift beim besten Willen nicht, wozu ein Kabinett geführt worden ist, wenn es sich im wesentlichen wie ein Pöböl aus der Mitte wieder erhebt. Das ist das Ergebnis dieser Verhandlungen, mit denen die letzten beiden Wochen ausgefüllt waren. Gewiß, steht die endgültige Lösung auch heute noch nicht fest, aber alles deutet darauf hin, daß der Kampf Marx in gleicher Eigenschaft zurückgeht. Auch sonst werden die Veränderungen keine bedeutenden Umfang annehmen, falls es nicht in letzter Stunde den Deutschnationalen gelingt, ihren Willen durchzusetzen, und einige Posten für sich zu erlangen. Diese Möglichkeit ist vor der Hand nicht ganz abzuweisen, würde aber erst recht die Sinnlosigkeit der Krise offenkundig machen, denn das hätte Graf Westfal bereits im Dezember erreichen können, ohne das deutsche Volk aus seiner Ruhe aufzuwecken. Ueberhaupt war das Gegebene eine Umwidmung der Regierung in aller Stille. Die Wege nach rechts und links standen offen, und es hing lediglich von den beiden großen Oppositionsparteien ab, welche von ihnen zur Macht gelangen würde. Beide haben versagt, daran ist festzuhalten. Der Parlamentarismus ist nur möglich, wenn auch die Opposition ein gezieltes Verantwortungsfähigkeitsgefühl besitzt, daran hat es rechts wie links in gleichem Maße gefehlt. Ein Mißtrauensvotum hat nur dann eine Berechtigung, wenn es begründet wird, also einen Kurswechsel erfordert. Gerade das aber wurde vermieden. Die Sozialdemokraten wählten eine möglichst verschwommene Form, um den Deutschnationalen die Zustimmung zu erleichtern, und diese gaben dann auch ihre weißen Zettel ab, obwohl sie sich dabei ganz etwas anderes dachten als die Sozialdemokraten.

Es ist im Scherz gesagt worden, der Reichspräsident hätte Hermann Müller und den Grafen Westfal gemeinsam mit der Kabinettsbildung beauftragen müssen. Einen Scherz stellt es nur deshalb dar, weil man eher Feuer und Wasser zusammenbringen kann als diese beiden politischen Personen. Darüber hinaus aber enthält das Wort eine vernünftige Kritik. Parteien, die nicht zusammenarbeiten können, dürfen sich auch nicht in negativen Zielen zusammenfinden. Doch nicht nur der Ausgangspunkt der Krise zeigt eine politische Unreife, sondern auch in mindestens gleichem Maße ihr Verlauf. Herr Curtius, der zunächst betraut wurde, hat sämtliche Fehler begangen, die überhaupt denkbar waren. Man muß dazu festhalten, daß nach der Reichsverfassung der Reichspräsident den Kanzler ernannt. Schon hier ist man von dem Sinn des grundlegenden Prinzips abgewichen. Die Betrauung ohne Einmütigkeit öffnet allen unverantwortlichen Einflüssen Tür und Tor. Der endgültig bestimmte Kanzler aber hat sich seine Minister auszuwählen und sie dem Staatsoberhaupt zur Bestätigung vorzuschlagen. Nur wenn dieser Weg beschritten wird, kann man dem deutschen Volk das unwürdige Schauspiel ersparen, das die ersten Wochen des neuen Jahres ihm geboten haben. Daß Herr Curtius mit den Parteiführern verhandelte, entspricht zwar unseren Gesetzbuchstellen, ist aber unpraktisch und verfassungswidrig. Von demokratischer Seite wurde deshalb auch wiederholt gefordert, daß der Kanzler sein Kabinett bildet, ohne die Parteien zu befragen und dann vor den Reichstag tritt, der ihm das Vertrauen gewährt oder verweigert kann. Statt dessen hat Herr Curtius nicht nur die Parteiführer zu Rate gezogen, sondern auch die Vertreter der Gewerkschaften und großen Wirtschaftsorganisationen. Vor der Wiederholung solcher Vorkommnisse kann nicht dringend genug gewarnt werden.

So richtig es ist, die Männer des praktischen Lebens zu befragen, wenn es sich um ein klar formuliertes Problem handelt, dessen Lösung ja immer Ausgleich widerstrebender Interessen sein muß, so grundfalsch ist es, bei einer Regierungsbildung fremde heranzuziehen. Der Kanzler hat allein sich seine Mitarbeiter zu suchen. Man wird dagegen einwenden, daß wir auf diesem Wege noch häufiger zu Krisen kommen werden. Vielleicht im Anfang, aber allmählich würde sich dieser Gebeule schon durchziehen, und nach ein bis zwei Reichstagsauflösungen würde die Nation die Parteien schon daran gewöhnen, Ruhe zu halten. Das deutsche Volk will in seinem schweren wirtschaftlichen Ringen nicht durch ständige Krisen

geplagt werden. Auch kann man von einem Reichskanzler verlangen, daß er die Mehrheitsverhältnisse richtig einschätzt, und von vornherein genau weiß, welche Aufgaben und mit welchen Parteien er sie lösen kann. Daß Herr Curtius falsch gehandelt hat, zeigte sein Mißerfolg. Herr Marx hat den gleichen Fehler nicht begangen, aber auch er hat sich zum Spielball der Parteien machen lassen. Er verwarf eine Ansetzung nach links und eine nach rechts, während er selbst wohl die Mitte als die einzig mögliche Lösung erkannte, auch wenn er, genau wie wir, sich darüber klar sein mußte, daß eine Neuwahl in absehbarer Zeit unvermeidlich werden würde. Nur mußte er es darauf antworten lassen, statt dessen hat er mit den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten unterhandelt. Gegen die große Koalition legte die Deutsche und die Bayerische Volkspartei sofort ihren Protest ein. Die Sozialdemokraten sind durchaus willig gewesen, hatten aber den geeigneten Augenblick verpaßt. Ihre Unterlassungssünden wurden im vergangenen Jahre begangen. Drei mal lehnten sie das Anerbieten der Mitte ab und sie haben zuletzt den Sturz der Regierung Marx herbeigeführt, obwohl sie mit einigem Erfolg auf eine Umbildung hinarbeiten konnten, die ihren Wünschen entsprach.

Noch schlimmer ist die Haltung der Deutschnationalen. Das Zentrum hatte zwar ihre Aufnahme in die Regierung abgelehnt, aber man wird das Nein dieser Partei erduldungsgemäß nicht zu hoch veranschlagen dürfen. Sie läßt sich gern von den Ereignissen zwingen. Das wird die Rücksicht auf die beiden Flügel geboten, die stark auseinanderstreben, oder in der Stunde der Not Zentrumspolitik einmütig betreiben. In der Tat hat man dem auch den Deutschnationalen gewisse Bedingungen gestellt, deren Erfüllung zum Bürgerdolch führen muß. Bekenntnis zur Republik und zu Locarno. Hier steht das Satzspiel ein. Ein großer Teil der Fraktion ist dazu bereit. Das haben auch Behauptungen gezeigt, die zwischen Vertretern des linken Flügels und Zentrumsabgeordneten in den letzten Tagen stattfanden. Graf Westfal aber, der als Hüter monarchistischer Ueberlieferungen die Partei von Niederlage zu Niederlage erfolgreich geführt hat, hielt in Berlin seine törichte Rede. Nur die alte Staatsform könne Deutschland retten. Man verneinte völlig die Absichten des Grafen, wenn man annimmt, daß es sich hier um eine Entgehnung handelt, um ein Zurückfallen in tiefe alte Gespinnstereien. Es war ein beachtlicher Vorstoß gegen die Vintselemente innerhalb der Fraktion. Bis zur Palastrevolution sind die Dinge wohl noch nicht gediehen, aber man wird der weiteren Entwicklung mit einiger Spannung entgegenzusehen dürfen. Dabei ist zu beachten, daß der Konflikt in der deutschnationalen Presse selbst nicht zum Ausdruck kommt. Selbst die Deutsche Tageszeitung hat die entscheidenden Stellen in der Rede Westfals fortgelassen, offenbar in der Erkenntnis von ihrer Unzumutbarkeit.

Vorausichtlich wird erst gegen Ende der Woche die Entscheidung fallen. Es bestehen zwei Möglichkeiten, entweder die Rückkehr des alten Kabinetts, die eine Reichstagsauflösung bedingen würde, oder ein Kabinett der bürgerlichen Partei. Sollte dieses der Fall sein, so wird sich der Konflikt innerhalb der Deutschnationalen wahrscheinlich verschärfen. Sie werden dann gezwungen sein, zur Republik endgültig Stellung zu nehmen. Voraussetzung bleibt allerdings, daß das Zentrum an seinen Bedingungen festhält, und nicht, wie so häufig, umfällt. Auf jeden Fall aber müssen wir aus dieser Krise herauskommen, weil die außenpolitische Lage eine aktionsfähige Regierung erfordert. Es ist ein unheilbarer Zustand, daß ein geschäftsführendes Ministerium so wichtige Fragen wie die der Militärkontrolle erledigen soll. Die bisherigen Verhandlungen in Paris haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Die deutschen Zugeständnisse sind der gegenseitigen nicht weit genug gegangen. Wie uns offiziell versichert wird, laufen die Verhandlungen normal weiter. Das ist eine diplomatische Wendung, bei der man sich nicht viel denken kann, zumal ein Termin feststeht. Am 31. Januar muß eine Vereinbarung zwischen uns und der Entente über die Vereinbarung und die Frage des Kriegsmaterials getroffen werden sein, sonst wird die Angelegenheit dem Kaiserbündnis, und wenn auch dieser zu seiner Entscheidung kommen kann, dem Jünger Gericht überwiesen. Wir können dieser Ent-

wicklung ruhig entgegensehen, da der Spruch wahrscheinlich zu unsern Gunsten ausfällt, doch wäre es im Interesse einer gesündlichen Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen besser, wenn man ohne das Eingreifen Dritter zu einer freien Verständigung gelangen könnte.

Es ist in diesen Tagen viel von Meinungsverschiedenheiten zwischen Briand und Poincaré die Rede gewesen, die auch in Paris zu einer Kabinettskrise Anlaß geboten hätte. Die Auffassung über das Verhältnis zu Deutschland ist bei beiden Staatsmännern grundverschieden, nur sind sie überzeugt, daß die Finanzlage Frankreichs das Fortbestehen des jetzigen Kabinetts unbedingt erfordert. Deshalb ist auch in langer Aussprache ein Uebereinkommen erzielt worden. Man will einen Bruch vermeiden, der zur Auflösung der Kammer führen müßte. In wieviel wir die Kosten dieser Verständigung zu bezahlen haben, ist noch nicht entschieden. Man soll aber bei uns nicht alles tragisch nehmen, ob die einzelnen Persönlichkeiten wollen oder nicht, auf die Dauer gibt es für Frankreich keine andere Politik als die von Locarno und Thoiry. Selbst wenn Unterbrechungen eintreten sollen, werden Finanz und Wirtschaft schon von selbst die Politik in das alte Geleise zwingen.

Bedenklicher sind die Vorgänge in Amerika und Asien. Herr Kellogg hat ein ziemlich verwegenes Spiel getrieben, als er in Nicaragua einmarschierte und eine Kriegsgesandtschaft mit Mexiko heraufschickte. Daß die Vereinigten Staaten militärisch siegen würden, unterliegt keinem Zweifel. Die öffentliche Meinung hat sich aber gegen jedes Abenteuer so scharf gewandt, daß Kellogg einen strategischen Rückzug antreten mußte. Es wird also wieder Verhandlungspolitik versucht werden, und das einzige Kriegsspiel dürfte Herr Kellogg selber werden, als dessen gegebener Nachfolger Woodrow Wilson, der lange in Berlin war, anzusehen ist.

Nicht so leicht wird die chinesische Frage geregelt werden. England hat starke Streitkräfte nach Ostasien unterwegs und scheint zum äußersten entschlossen zu sein. Seine Hoffnung aber, im Einvernehmen mit den anderen Großmächten zu handeln, ist recht trügerisch. Washington dürfte kaum geneigt sein, sich einzumischen, und die Rede des japanischen Ministerpräsidenten zeigt, daß man in Tokio durchaus nicht gewillt ist, britische Kolonien aus dem chinesischen Feuer zu holen. Hier ist Hindstoff vorhanden, der vielleicht die Welt noch in diesem Jahre vor peinliche Explosionen stellen wird.

Richard Marx.

Um die Reichswehr! Der Fall Geßler.

Die Auseinandersetzungen zwischen Dr. Koch, General Reinhardt und Minister Geßler, hatten in deutschnationalen Lager eine gute Aufnahme gefunden. Die Rechtspresse freut sich köstlich und nützt den Fall überaus reichlich aus. Sachlich kann man gegen Kochs Abwehr nichts sagen, denn Geßler behält man sich durch in der Kritik, persönliche Polemik gegen die demokratische Partei im allgemeinen, insbesondere aber gegen ihren Führer Erich Koch. Das Abwehrgebet der deutschnationalen Partei, die „Magdeburger Tageszeitung“ festschreibt von einer „Spaltung bei den Demokraten“ und spricht von dem „Demokratenhäuptling Koch“ von dem „Diktator“ Theodor Wolff. Diese Redensarten des deutschnationalen Blattes treffen unseren Führer nicht. Was Koch unternommen hat, findet bei den Demokraten und darüber hinaus bei allen anständigen Menschen volle Zustimmung. Um unseren Lesern einen Einblick in diesen Vorgang zu verschaffen, lassen wir diese Briefe folgen:

Koch an General Reinhardt.

Sehr geehrter Herr Reinhardt!
In der „D. A. Z.“, dem aus Reichsmitteln gespeisten Sammelbedien für geistliche Angriffe und unwahre Behauptungen gegenüber der Deutschen Demokratischen Partei veröffentlichten Sie unter Hingung Ihres Titels und Ihrer amtlichen Funktion einen Artikel „Der Seereserlag“. Sie fangen in diesem Artikel:

„Hand aufs Herz, wo liegt man? Ich bin deutscher Republikaner und bereit, mein Vaterland mit der Waffe in der Hand gegen jeden zu verteidigen, der deutschen Boden rauben will. Ich trete dafür ein, daß die Wehr-

macht der deutschen Republik das heilige Recht des deutschen Volkes, sein Land zu verteidigen, in gleicher Weise und mit gleichen Mitteln wahrnehmen kann, wie jedes Nachbarn Wehrmacht. Der oberste Gesichtspunkt in der Wehrkraftfrage ist für mich die "Sicherheit" des deutschen Volkes.

Sie beantworten diese Frage dahin, daß die demokratische Partei diesen Ton nicht gefunden habe. Sie behaupten, daß die Wehrführer der Partei es nicht für opportun halten, das zu bekennen. Sie begründen das mit der Behauptung, daß die Wehrführer dem Stimmzettel der Miliden im Volke, denen ein mögliches "nie wieder Krieg" gefällig, Rechnung tragen. Sie unterstellen, daß das gefesse, weil es politisch einträglich sei, als ein Bekenntnis zur unpopulären und unzeitgemäßen nationalen Wehrhaftigkeit.

Sie behaupten, daß ich, der ich in einem Kabinett der Weimarer Koalition harmlos und erspöchtig mit Ihnen zusammengeseßen habe, zu einer öffentlichen Auseinandersetzung mit Ihnen genötigt bin. Aber Ihr Ausstieg in das Gebiet parteipolitischer Kritik zwingt mich dazu.

Ihr Aufsatz ist ein erschütternder Beweis für die politische Einseitigkeit und Unwissenheit, die in leitenden Kreisen der Reichswehr vorzukommen. Ich sollte meinen, er würde den für die Reichswehr verantwortlichen Stellen bemitleiden für die Notwendigkeit sein, darin Wandel zu schaffen.

Wer sind die Wehrführer der Deutschen Demokratischen Partei, auf die Ihre Vorwürfe zielen? Haben Sie, ehe Sie dieses Urteil abgaben, die Reden gelesen, die mein Freund Petersen und ich als Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei über die Frage des Pazifismus und über die Frage der Reichswehr auf den Parteitag der D. D. P. gehalten haben? Oder was für Sie amtlich noch näher liegt, kennen Sie nicht die Ausführungen, die Jahre für Jahr zum Heeresetat von den Wehrführern unserer Partei, möge es Götz, Haas oder Rönneburg gewesen sein, gemacht worden sind? Wissen Sie nicht, welche heftigen Angriffe jahraus, jahrein in Organen eines radikalen Pazifismus wie dem "Anderen Deutschland" ausgeübt ist? Kennen Sie nicht das Parteiprogramm der Deutschen Demokratischen Partei, in dem es heißt:

"Das uns aufzugehende Südwestdeutschland ist belagert durch ein Milizsystem mit allgemeiner Wehrpflicht zu erzeugen, das geeignet ist zur Verteidigung unserer nationalen Unabhängigkeit."

Ich zitiere Ihnen nur einen Passus aus meiner Rede auf dem letzten Parteitag der D. D. P.:

"Wenn Pazifismus heißt, das Märdchen von der Aldeinschuld Deutschlands am Weltkrieg zu hinhängen und nachsprechen, wenn Pazifismus weiter heißt, unsere Reichswehr noch vermindern, während ringsum die Völker in der Rüstung starren, wenn Pazifismus endlich heißt, den Verfall der Frieden als unabänderliches Recht hinzunehmen, dann werden sowohl ich als jeder von Ihnen es weit abweisen, Pazifisten zu sein."

Wenn aber Pazifismus heißt, die Beziehungen mit dem Ausland dazu zu benutzen, das Märdchen von der deutschen Kriegsschuld zu bekämpfen, wenn Pazifismus heißt, die anderen darauf hinzuweisen, daß nach dem Verfall der Friedensverträge zwar mit der Wehrkraft voranzugehen, sie aber nachzulassen haben, und wenn Pazifismus endlich heißt, Europa durch den Verfall der Friedensverträge noch nicht als bedroht anzuerkennen, sondern im Zusammenwirken mit anderen Völkern die wahre Grundlage für ein friedliches Zusammenleben der europäischen Völker noch zu suchen, dann müßten wir alle Toren sein, wenn wir einen solchen Pazifismus nicht im Kampfe um die Wehreaufrechterhaltung und die Gleichberechtigung des deutschen Volkes bekennen und nutzen würden."

Solche Gesinnung, wie sie von Rathenau bis Stresemann auch Richtschnur der amtlichen Außenpolitik gewesen ist, als einen Pazifismus abzutun, der zum Eintritt in die Reichswehr unfähig macht, ist politischer Dilettantismus.

Das schlimmste aber ist, daß Sie unsere Haltung diktieren glauben durch die Sucht, Stimmen zu gewinnen. Stimmen gewinnt man heute am besten durch die Hervorhebung kriegsgeißelnden Worthelbenentums. Aber ich habe in meiner langen politischen Tätigkeit noch niemals meinem politischen Gegner den Vorwurf gemacht, daß seine politischen Handlungen auf Stimmenfang hinarbeiten, anstatt der Ausdruck seiner politischen Überzeugung zu sein. Es bleibt Ihnen vorbehalten, Herr General, bei Ihrem Debut auf dem Gebiete der Parteipolitiker der Gesinnungslosigkeit zu zeihen.

Und nun haben Sie, Herr General, das Wort zur Erklärung, worauf Sie Ihre Behauptungen gegen die demokratischen Wehrführer gründen.

Erich Koch
Mitglied des Reichstages.

Reichsminister a. D. Koch hat sich gleichzeitig an den Reichswehrminister Dr. Gessler gewandt mit dem Ersuchen, die demokratischen Führer gegen die ungerechtfertigten Vorwürfe des Generals Reinhardt zu schützen.

Reichswehrminister Gessler antwortete:

Sehr geehrter Herr Koch!

In Erwiderung auf Ihr Schreiben vom 10. d. M. beehre ich mich Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Frage des Heeresgesetzes beschäftigt seit Monaten die öffentliche Meinung auf das lebhafteste. Zahlreiche Forderungen — sachverständige und andere — haben sich mit der politischen und technischen Seite des Problems beschäftigt. Der Chef der Heeresleitung hat zur Klärung der Bericht der verantwortlichen Befehlshaber eingefordert. Auch General Reinhardt hat einen solchen Bericht erstattet. Da er sich hierbei auch mit der politischen Seite der Werbung befaßte, wurde ich ersucht, die Veröffentlichung zu gestatten. Ich habe diese Genehmigung erteilt, ohne an dem Artikel irgendwelche Forderungen zu stellen. Zunächst aus grundsätzlichen Erwägungen. Ich wollte in einer Frage von der größten Bedeutung für die Entwicklung des Heeres nicht die Ärmee mundtot machen, sondern auch sie selbst sprechen lassen. Dazu erschien der Bericht des Generals Reinhardt besonders geeignet. Denn er stammt von einem Offizier, dem, wie Sie wissen, jeder Mißbrauch der Reichswehr zu verfassungswidrigen und reaktionären Zwecken fernliegt. Ihm liegt vielmehr die Herstellung der Volksgemeinschaft in den Fragen der nationalen Verteidigung ganz besonders am Herzen. Er wird auch in weiten Kreisen der Linksparteien zu den Führern der Reichswehr gerechnet, die dem neuen Staat gegenüber aktiv und positiv eingestellt sind. Dadurch bekommt sein Bericht als Stimmungsbild aus der Reichswehr eine besondere Bedeutung, seine unveränderte Veröffentlichung erschien mir deshalb aus staatspolitischen Gründen richtig. Daß dabei die Erörterung parteipolitischer Verhältnisse sich nicht vermeiden ließe, lag in der Natur des Themas, da ja der Reichswehrüberwindung einseitige politische Tendenz vorgeordnet wird.

Daß der Artikel nicht ohne Widerspruch bleiben würde, war mir klar. Denn der Soldat stellt aus seinem Berufsethos heraus an die Vertretung des Wehrgebankens Ansprüche, die der Politiker nicht immer erfüllen kann, die er aber in dem Kampf um die Seele der Reichswehr nicht außer acht lassen darf. Der Artikel hebt ja ausdrücklich hervor, daß der Verfasser der Auffassung ist, daß die Angehörigen der Linksparteien selbstverständlich wie die Verfassung so auch die Grenzen ihres Vaterlandes mit voller Hingebung verteidigen werden. Aber er ist der Auffassung, daß in der Pflege dieser Ideale in der Haltung ihrer Parteien Überprüfungen zu bestehen, die in der Ärmee das Bild erzeugen, das er geschildert hat. Soweit ich konnte, habe ich mich bemüht, sie auf das berechnete Maß zurückzuführen, indem ich allen Herausstellen allfälliger die amtlichen Berichte über die Reichs-

tagsverhandlungen zum Heeresetat zugehen ließ. Daraus ergibt sich ja die grundsätzliche Stellung der demokratischen Partei in dem Sinne erwidert, wie Sie in Ihrem Briefe hervorheben. Daneben gibt es aber sehr viele Auslegungen in der Öffentlichkeit und zwar von Seiten, die sich als besonders berufen zu interpretieren republikanischer und demokratischer Weltanschauung ausgeben, die eine absolut entgegengelegte Einstellung erregen. Und Ihre eigenen Ausführungen auf dem Parteitag in Breslau, die Sie in Ihrem Briefe zitieren, sind ein Beweis dafür, denn sie wurden ja zur Bekämpfung von Erdrömungen im Lager der deutschen Demokratie notwendig, die vielleicht keine große Gefolgschaft haben, aber sehr laut auftreten und in einflussreichen Organen zu Worte kommen. Daraus erklärt sich, daß die Stimmungen und Auffassungen, wie sie im Artikel des Generals Reinhardt zum Ausdruck kommen, immer wieder neue Darlegungen finden. Sie haben an dem temperamentvollen Darstellung dieser Stimmung in dem Aufsatz scharfe Kritik geübt, aber ich weiß bestimmt, daß Sie nicht, wenn Sie glauben, eine Verunglimpfung der demokratischen Parteiführer haben im Sinne des Verfassers gelegen. Mir kam es darauf an, durch eine offene Ansprache zu einer Klärung und zur Verfindung zu kommen, und ich würde es aufrichtig bedauern, wenn dieser Zweck verfehlt würde. Diesen Brief bitte ich zugleich als Antwort auf Ihren offenen Brief zu betrachten.

Mit besten Grüßen

Ihr ergebener
Dr. Gessler.

Kochs Antwort lautete:

Sehr geehrter Herr Gessler!

Aus Ihrem gefälligen Schreiben vom 15. Januar 1927 entnehme ich, daß Herr General Reinhardt eine Verunglimpfung der demokratischen Parteiführer fernlegen hat. Ich entnehme daraus weiter, daß Sie die grundsätzliche Stellung der Deutschen Demokratischen Partei zur Reichswehr als "einwandfrei" in dem gleichen Sinne bezeichnen, wie ich es in meinem Schreiben an Sie ausgesprochen hatte.

Bei dieser Anklage bitte ich mich aber zu gestatten, nunmehr darauf hinzuweisen, daß es mir danach noch unverständlich geworden ist, daß der Artikel des Herrn General Reinhardt geschrieben werden konnte. Am unverständlichsten aber ist mir nunmehr, daß Sie seine Veröffentlichung gewünscht haben.

Es gibt keine maßgebenden Kreise in der Partei, die der Reichswehr feindlich gegenüber ständen. Es gibt allerdings Kreise, die Ihrer Tätigkeit in der Reichswehr nicht immer Billigung gesollt haben. Auch daß ich in Breslau zur Frage des Pazifismus ausdrücklich Stellung genommen habe, spricht nicht, wie Sie sagen, für eine Spaltung der Partei in dieser Frage, meine Ausführungen sind vielmehr in erster Linie deswegen gemacht, um ähnliche Angriffe von außen her, wie sie jetzt Herr General Reinhardt erhebt, zurückzuweisen. Meine Haltung, gegen die auch Sie nichts einzuwenden haben, ist auf dem Parteitag ausdrücklich einstimmig gebilligt.

Aber darauf kommt es nicht an. In dem Artikel des Generals Reinhardt sind die Vorwürfe gegen die Demokratische Partei und ihre Wehrführung untergeordnet gerichtet. Es wird ausdrücklich ein Strich zwischen Ihnen, Herr Gessler, und allen anderen Wehrführern der Partei gezogen. Sie wissen aber ebenjotig wie wir, mit welcher Treue wir in schwerer

Hast Du Deine Partei lieb?

Dann denke daran, daß die Beiträge pünktlich abzuführen sind. Die Stärke der Organisation hängt von der finanziellen Leistungsfähigkeit ab.

Für unsere Frauen

Kameradschaft.

Von Martha Dönhoff-Sost,
Mitglied des Preussischen Landtages.

Von der Höhe der Festzeit des Jahres sind wir hinabgeglitten in die Ebene feines regelmäßigen Verkehrs. Wie eine lange, gleichmäßige Straße liegt die Zeit vor uns. Die besorgniste Weisheitsbestimmung, die Neugiervermutungen sind still geworden, etwas wie über die Einförmigkeit gibt uns entgegen. Und doch brauchen wir Spannung und Fröhlichkeit, um unseren Weg zu gehen und unser Werk zu tun. Man kann sie nicht immer aus dem Irrsinn des Grundbesitzes und aus dem Wehler des Deals schöpfen; ein Sattelkram am Wege bringt auch Erquickung. Den schenkt uns die Kameradschaft, dieses Sichbegleiten in Arbeit und Freude; ein Verhältnis ohne feste Bindung und ohne Verpflichtungen und doch voll Reiz und Einfluß. Die viel mehr faßlich als persönlich begründeten Beziehungen schaffen eine gesunde Lust, in der Kritik und Willen gedeiht, Selbstkritik und ein gegenseitiges Wägen und Anspornen der Kräfte. — Den Frauen ist die Kameradschaft durch die Neugestaltung ihres Lebens gewissermaßen neu geschenkt. Vielgestaltiger als sonst sind die Bedingungen, unter denen sich kameradschaftliches Leben für sie auswirkt; zwischen Frauen allein und zwischen beiden Geschlechtern. Sicher gibt es menschliche Beziehungen, die stärker wirken und tiefer Werte hervorbringen, Freundschaft, Liebe, Ehe, auch eine verwurzelte Gesinnungsgemeinschaft. Aber die Beziehung im kameradschaftlichen Verkehr, das Geben und Nehmen und sich finden in Sachlichen ist ungemein erfrischend und fruchtbar. Alles stark Persönliche, geschlechtliche Erotik,

betonter Individualismus, Schwärmeret, in ihrer Ausschließlichkeit, gehören nicht dahin. Sie haben ihr Recht in anderen Lebensbezirken; in das Wehen der Kameradschaft bringen sie einen falschen Ton. Sie geht nicht um Persönlichen aus, sie verbindet die Menschen im Gedanken an die Sache und schenkt ihnen dabei persönlichen Gewinn. — Demokratie mit ihrer starken Bindung des persönlichen Willens an den sachlichen Zweck der Gemeinschaft ist ein guter Boden für Kameradschaft. Wächtige sie uns zum beglückenden Erleben werden und ihre Kraft ausströmen in der Arbeit für unsere Ideen!

Lehrerinnen- und Berufsausbildungsgesetz.

Auf der letzten Gesamtvorbereitung des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins wurde auch über den Referentenentwurf zum Gesetz über berufliche Ausbildung Jugendlicher berichtet. Nach dem Entwurf soll das Gesetz Jugendliche vom 14. bis 18. Jahr und Kinder vom 13. Jahr an erfassen. Von großer Wichtigkeit ist die für alle Lehrbetriebe erhobene Forderung nach einem Lehrvertrag, der künftig also auch in Land- und Hauswirtschaft abgeschlossen werden soll. Und während die alte Gewerbeordnung keine Bestimmung über die Güte der Ausbildung gab, den Wert der Ausbildung für den Jugendlichen in seinem Betriebe nachprüfte, so sieht der Referentenentwurf für das neue Gesetz die Möglichkeit vor, einem Betriebsinhaber die Befähigung zur Ausbildung von Lehrlingen abzusprechen. Das Gesetz macht aber bisher Halt vor den Kindern, die zu den eigenen Eltern im Arbeitsverhältnis stehen, hier wird die Güte des Lehrbetriebes nicht nachgeprüft. — Die Aussprache über den Entwurf, die eine Vorbereitung für die spätere Stel-

lungnahme des ADW. zu dem eigentlichen Gesetz nach seinem Ergehen sein sollte, führte zu der Aufstellung folgender Forderungen:

1. Die Aufsicht über die Lehrbetriebe, in denen nur oder größtenteils weibliche Jugendliche beschäftigt werden, muß von Frauen ausgeübt werden.
2. Die Ausbildung der weiblichen Jugendlichen liegt in der Hand von Frauen, soweit die Betriebe über geeignete weibliche Kräfte verfügen.
3. Bei der Geleiten- oder Gehilfenprüfung der weiblichen Jugendlichen hat eine Frau den für den Berufsschulvertreter bestimmten Sitz inne.
4. Die Freizeit der Jugendlichen ist durch das Gesetz zu regeln.
5. Die Ausbildung für weibliche und männliche Jugendliche ist zeitlich und sachlich gleich.

An den Städtetag und die weiblichen Stadtvorständen wird eine Eingabe gerichtet werden, die auf den Mangel an Fachschulen aufmerksam macht und den Ausbau dieser Schulen fordert.

Kednerkurie für Frauen in England.

Die große Steigerung in der Zahl der eingetragenen weiblichen Wähler in London hat die konservative Partei dazu veranlaßt, Kednerkurie für Frauen einzurichten, um sie zu öffentlichen Redemern auszubilden, da ein großer Mangel an solchen herrscht. — Die neuen Listen zeigen ein Anwachsen der weiblichen Stimmen um 30.000. Die Gesamtanzahl an weiblichen Wählerinnen in England beträgt damit 10.000.000 gegenüber 13.000.000 männlichen Wählerinnen.



Der Kampf um die deutschen Offstellungen.

Die deutschen Vertreter General von Kamelf, Gehelmer Legationsrat Forster und Herr von Dohberg nach einer Verhandlung mit der Vosthofkonferenz in Paris über die

Restfragen der Entlohnung, besonders über die deutschen Offstellungen.

Stunden an Ihnen festgehalten und Sie geküßt haben, wie sehr wir uns jederzeit bemüht haben, überlaute Stimmen der Kritik einzudämmen, und wie entschieden wir uns in allen amtlichen Verhandlungen trotz mancher Vorbehalten gegen Ihre Politik auf Ihre Seite gestellt haben. Ich bedaure, daß Sie trotzdem diese einseitige und falsche Darstellung über uns alle haben passieren lassen.

Die Wirkung dieses Artikels ist die erwartete gewesen. Ich kenne Ihnen zahllose Zeichnungen der Reichsparteien, ja auch der Deutschen Volkspartei, vorlegen, in denen der Artikel Anlaß zu den geschäftlichen Angriffen gegen uns gegeben hat und — das ist noch eine der unüblichen Ausführungen, die ich gelesen habe — der Freude Ausdruck gegeben wird, daß der General Reichardt endlich einmal uns vaterlandslos und opportunistischen Demokraten auf die Finger geklopft habe. Wenn es Ihre Absicht gewesen ist, uns anzuspalten, einen Kampf um die Seele der Reichswehr zu führen, so ist uns dieser Kampf durch diesen Artikel ganz gewiß nicht erschwert. Im Gegenteil werden jahrelange Angehörige der Reichswehr, die den Artikel des Generals Reichardt und die kommentierenden Stimmen der Reichspresse lesen und glauben, zu irrigen Meinungen geneigt sind und uns entfremdet werden. Es wird mühsamer und großer Anstrengungen bedürfen, um diesen Eindruck wieder zu zerstreuen.

Mit besten Grüßen Ihr ergebener

gez. Koch, M. d. R.

Wie einzig die Demokraten in diesem Vorgang sind, zeigt ein Fraktionsbeschluss vom letzten Mittwoch.

Die Deutsche Demokratische Reichstagsfraktion, die sich durch alle berufenen Vertreter stets für die Reichswehr eingesetzt und deren Entlohnung als Voraussetzung der Wehrfähigkeit der Nation gefordert hat, mißbilligt es auf das Schärfste, daß ein General in die Politik eingreift und hierbei verletzende und durch Tatsachen widerlegte Angriffe gegen die Deutsche Demokratische Partei erhebt. Sie ersucht ihren Vorstand, die nötigen Schritte gegen die Wiederholung eines solchen Vorganges und für die Befreiung der Mißstände, die ihm zugrunde liegen, zu tun, weil nur dann die Reichswehr die Sache des gesamten Volkes werden kann.

Die Provinz als Erzieherin.

Von Hugo Schmidt, Magdeburg.

II.

Unsere neue Gesetzgebung hat endlich jedem deutschen Kinde ein Recht auf Erziehung zugesprochen. Das sollte zwar in einem Kulturstaate eine selbstverständliche Sache sein, aber, so unglaublich es klingt, vor dem 9. Juli 1922 hat dieses einfache Recht in Deutschland noch nicht bestanden. Bis dahin konnten in manchen Bundesstaaten erziehungsunfähige und erziehungsumwillige Eltern ihre Kinder solange behalten und zum Schaden der Gesellschaft und des Staates feilsch verkaufen lassen, bis die leibliche oder sittliche Verwahrlosung als bereits vollendet nachgewiesen war oder doch wenigstens nahe bevorstand. Das bedeutete natürlich oft nichts anderes, als daß es dann überhaupt zu spät war. Und in der Tat vermochten oft genug die Bemühungen und Ausgaben der Kommunalverbände nichts mehr zu retten. Der alte Staat konnte wegen dieser ungläublichen Gesetzeslücke die Eltern von Rechts wegen nicht zwingen, ihre Kinder entweder vernünftig zu erziehen oder die Erziehung dem Staate abzutreten.

So bedeutet also der § 1 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt einen Markstein in der Kulturgeschichte unseres Volkes. Alle Staatsbürger sollten seinen einfachen

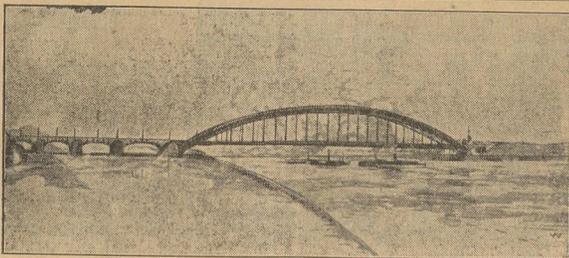
Wortlaut kennen: „Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit.“

Infolge aller bisherigen Bemachlässigungen wird es freilich noch geraume Zeit dauern, bis dieses der Form nach gewährleisteteste Recht auf Erziehung für jedes deutsche Kind eine Tat wird. Zwar haben wir ein Reichsjugendamt und in den Ländern, Kreisen und Stadtgemeinden Jugendämter, aber die volle und erfolgreiche Auswirkung dieser Lenker läßt noch auf sich warten. Die harten Aufgaben haben in der Kürze der Zeit aus naheliegenden Gründen noch nicht vermocht, praktisch und theoretisch vielseitig ausgebildete Fürsorger in ausreichender Anzahl bereitzustellen. Die wirtschaftliche Not hat zu vielen Abstrichen gezwungen. Was in Jahrzehnten verümt worden ist, kann nicht in wenigen Jahren nachgeholt werden. Umso höher ist anzuerkennen, was bisher trotz aller Hemmnisse erreicht werden konnte. Großer Dank gebührt allen Helfern. Wir werden später bemerken, daß auch die Einrichtungen für die praktische Durchführung der staatlichen Erziehungsmaßnahmen noch nicht auf voller Höhe sind.

Den Antrag auf Übertragung der Erziehungsrechte von den Eltern auf den Staat stellt das Jugendamt. Es ist selbstverständlich, daß ein solcher Antrag nur nach den sorgfältigsten Nachprüfungen und nach eingehender Begründung gestellt werden darf. Immer bleibt festzuhalten, daß auch die beste Fürsorgeerziehung eine Ersatz-erziehung bleibt und daß wirkliche Elternliebe überhaupt nicht zu ersetzen ist. Leider gibt es allerdings in unserer schwereren Zeit nicht wenige Fälle, die wahre Elternliebe sehr vermessen lassen. Die Vorkerungen der Familien nehmen mehr und mehr zu.

Alle verantwortlichen Stellen die mit dem Kinde zu tun haben, also insbesondere die bisherigen Klassenlehrer, der Schularzt und die Bezirksfürsorge, haben eingehend zu berichten. Auf Grund des gesamten Materials und der sich dann anschließenden gerichtlichen Untersuchung hat das Vormundschaftsgericht darüber zu entscheiden, ob Fürsorgeerziehung einsetzen soll.

Leider liegen gewöhnlich zwischen den ersten Ermittlungen und dem gerichtlichen Beschluß mehrere Monate. Der Geschäftsgang mancher Behörden läßt leider noch eine gewisse kaufmännische Zweckmäßigkeit vermissen. Wir haben noch nicht den kürzesten Weg gefunden, um eine derartige wichtige Angelegenheit möglichst rasch zu erledigen. Erziehungsnott wird schnell haben sein, andernfalls wächst sie lahmend an und ist vielleicht überhaupt nicht mehr zu beheben.



Eine neue Rheinbrücke Köln — Mühlheim.

Der preisgekürzte Entwurf für eine neue Rheinbrücke Köln — Mühlheim von Prof. Peter Behrens.

Die soziale Gesundheitspflege, der Ausbau der Schulküchenerarbeit und die genaue Durchführung der Schule über die Entwicklung eines jeden einzelnen Kindes in den jetzt fast überall eingeführten Personalbögen werden gewiß dazu beitragen, daß das Tempo der Ermittlungen bald beschleunigt wird. Die neue Lehrerbildung wird dabei ebenfalls hegenreich mitwirken.

Eine so weitreichende Entwicklung des gesamten Fürsorgebereichs wird natürlich die Vorgesetzten der Fürsorgeerziehung, die Provinz, vor durchaus andere Aufgaben stellen, als sie bisher bestanden. Darüber im nächsten Abschnitt.

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

Veranstaltungen

der

Deutschen Demokratischen Partei,

Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsführender Ausschuß: Montag, den 31. Januar, abends 7½ Uhr in der Geschäftsstelle, Breiterweg 139 bis 140.

Stammlich: Dienstag, den 25. Januar, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär“, Weinstraße 6.

Demokratische Jugend: Freitag, den 28. Januar, 8 Uhr abends, Zimmer 8, im Franke-Jugendheim Vortrags-Abend.

Bezirksverband Magdeburg-Anhalt der D. D. P.

Bezirksvorstand: Sonntag, den 23. Januar, abends 11 Uhr in Halberstadt Hotel „Prinz Eugen“ Breiterweg 42—43. Vollversammlung.

Auf nach Halberstadt! Die Deutsche Demokratische Partei, Bezirk Harz, veranstaltet am Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 3 Uhr im großen „Stadtparksaal“ eine vaterländische Kundgebung. Die Festrede hat unser Abgeordneter, Staatspräsident a. D. Dr. Hummel übernommen. Demokraten von Halberstadt und Umgebung erscheint in Massen.

Die Teilnehmer an dem demokratischen Reichsbauernstag in Braunschweig am Sonnabend, den 29., und Sonntag, den 30. Januar, müssen sofort der Bezirksgeschäftsstelle in Magdeburg gemeldet werden.

Demokraten! Gewerbetreibende!

Wir bitten alle Gewerberäume und Ladenmieter, soweit ihnen gekündigt oder die Miete gesteuert worden ist, vertrauensvoll dem Unterzeichneten schriftlich oder auch mündlich (Fernruf 8095) Mitteilung zu machen. P. Müllz Breiterweg 139/140.

Mitteldeutsche Jugendtagung.

An dem Sonnabend, den 22. Januar in Dessau stattfindenden Unterhaltungsabend des Landesverbandes Mitteldeutschland deutscher demokratischer Jugend, an dem Reichstagsabgeordneter R e m m e r die Festrede halten wird, schließt sich am Sonntag darauf eine weitere Zusammenkunft der Mitteldeutschen Jugendgruppen an. Für Sonntag vormittag ist eine Besichtigung des Bauhauses geplant, am Nachmittag 2.30 Uhr findet eine Mitteldeutsche Tagung statt, an dem Ernst R e m m e r, M. d. R., Bericht erstatten wird über die Bamberger Tagung des Reichsbundes Deutscher Demokratischer Jugend.

Die Vermeidung der Aussteuerung aus der Erwerbslosenfürsorge.

Der Herr Reichsarbeitsminister hat mit Erlaß vom 28. Dezember 1926 eingehende Anordnungen getroffen, die es ermöglichen, die Aussteuerungen aus der Erwerbslosenfürsorge zu vermeiden, die bisher häufig auf kurzfristige Arbeitsverhältnisse folgten. In dem Erlaß wird u. a. folgende Rückwirkung der Vorschriften bestimmt: „Diese Regelung darf, wenn bei dem zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis ein entsprechender Antrag bis Sonnabend den 29. Januar 1927 gestellt, zur Vermeidung

D. D. P. Halberstadt

Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 3 Uhr im großen Stadtparksaal

Vaterländische Feier

Festrede vom Staatspräsidenten a. D. Dr. Hummel m. d. R.

besonderer Härten auch nachträglich auf Fälle angewandt werden, in denen seit dem 1. Oktober 1926 der Antrag auf Weitergewährung der Erwerbslosenunterstützung nach den bisherigen Bestimmungen abgelehnt worden ist oder hätte abgelehnt werden müssen. Nachzahlungen dürfen jedoch nicht bewilligt werden."

Wer von dieser Möglichkeit Gebrauch machen will, muß sich bis zum 29. Januar 1927 im Arbeitsamt, Zimmer 66, gemeldet haben.

Vollspartei und gelbe Gewerkschaften.

Der frühere Sekretär der „Gelben“, Herr Bernad, kurzzeit vollsparteilicher Parteisekretär, gibt sich krausphast Mühe, auch die gelben Gewerkschaften in Magdeburg wieder vorwärts zu bringen. In einer Versammlung der „Gelben“, in der der deutschnationalen Landtagsabgeordnete Schmidt sprach, bekannte sich Herr Bernad als Führer und Freund der gelben Gewerkschaften. Von befreundeter Seite wird uns über diese Versammlung berichtet: Die Macher der hiesigen „Gelben“ operieren mit eigenartigen Mitteln. In ganzes Tun und Treiben ist darauf eingestellt, in den Augen der Unternehmer dieses Kind zu sein und bei allen passenden Gelegenheiten ihr angelegtes Wohlfehltsgeude die Industrie finanziell auszunutzen. Die Frage sei erlaubt: Was sagen die Angehörigen der dem Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband angehörigen und in der Deutschen Vollspartei politisch organisiert sind zu dieser Tätigkeit des vollsparteilichen Sekretärs? Der Parteisekretär der angeblich liberalen Vollspartei hätte alle Ursache, sich um diejenigen Organisationen zu bemühen und diejenigen zu unterstützen, die in harter Solidarität für ihre Kollegen eintreten und energisch die Standesinteressen vertreten. — Wir schließen uns dieser Auffassung unseres Berichterstatters durchaus an. Hier ist wieder ein Beweis, wie unzuverlässig gerade die Vollspartei auf sozialem Gebiete ist.

Deutsche Demokratische Partei. Die politische und kommunalpolitische Aussprache für die Wähler der Deutschen Demokratischen Partei, die am Sonntag, den 9. Jan., vormittag 11 Uhr in der „Freundschaft“ tagte, wies wiederum einen sehr starken Bezug auf Dr. Bohner ging in seinem Referat einleitend auf die politische Lage ein, wobei er besonders die Regierungskrise behandelte. Er wies auf den Vorstoß des Führers der vollsparteilichen Reichstagsfraktion, Abgeordneten Dr. Scholz, in der Rede gegen die Sozialdemokraten hin, die den ersten Anlaß zur Krise gegeben haben. Die Sozialdemokratie habe durch ihren Sprecher, den Abgeordneten Schebemann, zur Krise wesentlich beigetragen. Die Regierung Marx sei durch das sozialdemokratische Mißtrauensvotum, das auch von den Deutschnationalen angenommen wurde, gestürzt worden. Die Verhältnisse seien noch zu unklar, um zu einem auch nur annähernden Urteil zu kommen. Der republikanische Gedanke marschiere und man könnte erfreulicher Weise feststellen, daß auch in den Kreisen der Reichsparteien sich immer mehr Stimmen für die Republik erheben, ganz besonders habe die Vollspartei sich geöffnet, sich ganz offen zur Republik zu bekennen. Trotz alledem könne man schon heute sagen, daß die republikanischen Parteien keine Regierung haben, eine Regierung der „kleinen Rechtsen“ oder eine Regierung der Mitte mit Billigung der Deutschnationalen zu unterstützen. Die Deutschnationalen haben bisher die auswärtige Politik sehr stark bekämpft und sind auch heute noch der Ansicht, daß die Politik der Bernunft eine falsche sei. Einer Regierung, die von den Deutschnationalen unterstützt würde, müßte man mit starkem Mißtrauen gegenübersehen. Zur Fortführung der

Außenpolitik wäre ein Kabinett der Mitte, das die Unterstützung der Sozialdemokratie fände, das gewisslos. Eine solche Regierung könnte auch die endgültige Befreiung der Rheinlande durchsetzen. Im zweiten Teil seiner Rede ging Dr. Bohner auf die politische Lage in Preußen ein, wobei er besonders einige wirtschaftliche Fragen behandelte u. a. Hauszinssteuer und die Freigabe der gewerblichen Räume und großen Wohnungen. Die Hauszins-



Zum 50. Geburtstag des Reichsbankdirektors

Dr. Hjalmar Schacht

Reichsbankdirektor Dr. Schacht, der sich so hervorragende Verdienste um die Stabilisierung der deutschen Währung erworben hat, feiert am 22. Januar seinen 50. Geburtstag.

seiner sei mit den Stimmen der Wirtschaftspartei beschlossen. Die Wirtschaftspartei habe daher gar keine Ursache, sich über die Ungerechtigkeit der Hauszinssteuer aufzuregen. Sie trage ein wesentliches Teil Schuld daran, wenn vieles in feuerlicher Begehung vertriebe wurde. Die Hälfte der Hauszinssteuer, die in Preußen aufgebracht wird, etwas mehr als 400 Millionen Mark, bringe allein die Stadt Berlin auf. Die Hauszinssteuer werde nicht, wie vielfach angenommen, von den Mietern, oder nur vom Hausbesitz aufgebracht, sondern sie werde von den durch die Inflation geschädigten Mitbürger bezahlt. Man könne auch noch nicht von heute auf morgen an den Wabau der Hauszinssteuer denken, denn dem Staat erwachsen durch die Tausende Verarmten enorme soziale Aufgaben. Die Freigabe der gewerblichen Räume sei ein sehr unglückliches Kapitel, weil man zweierlei Recht auf ein und denselben wirtschaftlichen Basis schaffe, einmal gewerbliche Räume, die mit Wohnungen verbunden sind, und gewerbliche Räume, die an keine Wohnung gebunden sind. Die demokratische Fraktion habe in den zuständigen Ausschüssen sich sofort dafür eingesetzt, damit vorzunehmende Härten vermieden werden. Entsprechende Anträge der Fraktion liegen vor und die Partei wird sich gerade für den überparteilichen Mißstand nach dieser Richtung hin ganz besonders bemühen. Der zweite Redner, Herr Provinziallandtagsabgeordneter Bier-Gardelagen behandelte Fragen des Provinziallandtages. In sehr temperamentvoller und geschickter Art gab Landrat Bied einen geschäftlichen Ueberblick über den Sächsischen Provinziallandtag, um als-

dann zu den Aufgaben der Provinzialverwaltung Stellung zu nehmen. Einzelne Etats wurden besprochen und auf deren Wichtigkeit verwiesen. Die Verlegung der Provinzialverwaltung nach Magdeburg sei eine Frage der Zweckmäßigkeit. Von ungeheuren Kosten, die eine solche Verlegung erfordere, könne keine Rede sein. Sie würde sich in einem erträglichen Rahmen bewegen. Es müßte aber darauf hingewiesen werden, daß es doch zweckmäßig sei, wenn die sämtlichen behördlichen Stellen, wie Regierung Oberpräsidium, Provinzialverwaltung in ein und demselben Orte sich befänden; dadurch könnten viele Reisen spart werden und eine schnellere Erledigung der schließlichen Arbeiten durch mündliche Aussprachen stattfinden. Beide Referate fanden stürmischen Beifall. Angeregt wurde, für die Folge nur einen Referenten sprechen zu lassen, damit genügend Zeit für eine Aussprache vorhanden ist.

Deutsche Demokratische Partei, Gruppe Nordfront-Mitte-Neustadt. Die Stadtteilgruppe hielt am verflohenen Dienstag, den 18. Januar unter Leitung von Herrn Dr. Schröder im Cafe der Nationalfesthalle eine sehr stark besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende widmete den verstorbenen Mitgliedern der Stadtgruppe einen tiefempfindlichen Nachruf, ganz besonders gedachte er des verstorbenen Vorstandsmitgliedes, Herrn Lehner Rieder und bat um die Ermächtigung, der Familie namens der Stadtteilgruppe noch besonders das Beileid auszusprechen zu dürfen. Aus dem Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, daß die Partei 24 Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses, 7 größere Versammlungen und mehrere gesellschaftliche Veranstaltungen abgehalten hat. Die Stadtteilgruppe hat im letzten Jahre nur einmal getagt; für die Folge wird die Stadtteilgruppe monatlich einmal zusammentreten, um zu wichtigen Fragen Stellung zu nehmen. Die nächste Veranstaltung findet am Dienstag den 15. Februar statt, in der voraussichtlich Herr Konrektor Henning das Referat übernehmen wird. Im Anschluß an den Tätigkeitsbericht erfolgten die Wahlen für den erweiterten Vorstand. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt; neugewählt wurden Herr Schuhmachermeister Knoche und Herr Zollinspektor Fehse. In den Vorstand der Gruppe wurden gewählt Dr. Schröder, Bezirksleiter Franke und Konrektor Henning. Herr Stadtrat Koberl sprach über den Schlicht- und Viehhof. In gut aufgebauter Rede gab der Referent einen geschäftlichen Ueberblick über die Entwicklung des Schlicht- und Viehhofes. Er wies dabei besonders auf die Schwierigkeiten hin, die bei der Anlegung dieses Riesenbetriebes entstanden sind. Im Laufe des Jahres wurden wesentliche technische Verbesserungen durchgeführt. Unter der Leitung des Herrn Stadtrat Koberl hat der Schlicht- und Viehhof einen ungenannten Aufschwung genommen, sodas sich die Leitung dieses sozialen Unternehmens genötigt sieht, Erweiterungsarbeiten und Neubauten auch für das kommende Jahr vorzunehmen. Sehr interessant waren die Ausführungen des Herrn Stadtrat Koberl über die sanitären Maßnahmen und über die Preispaone zwischen Ein- und Verkauf. Von einem enormen Verdienst der Fleischer kann nach den Darlegungen des Herrn Stadtrat Koberl keine Rede sein. Der Vortrag wurde mit großem Interesse und lebhaftem Beifall aufgenommen. In der anschließenden Aussprache wurden mehrere Fragen an den Referenten gerichtet, die zufriedenstellend beantwortet wurden.

Einige Berichte mußten wegen Raummangel zurückbleiben

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Mühs Magdeburg. Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Killa, Pla.), Delitzsch.

Das führende Spezialhaus für Webereiwaren!



Unsere Preise sind billig!

Siegfried Cohn Webereiwaren * Breitweg 57/60

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Eberhard Simon
Bücherrevisor
Erläuterungen, Abschlüsse, Bilanzen.
Lautende Führung und
Prüfung der Bücher
Berat. u. Vertretung in Steuersach.
Otto v. Guerickestr. 22.
Telephon 4152.

Bauern und Kleinbauern
Bäcker und Siedler
verlangt die
Deutsche Bauernzeitung.
Professionell kostenlos.
Reichsverband Landwirtschaft,
Klein- und Mittelbetriebe,
Berlin N. 24, Mondbijouplatz 3.

Freunde!
Werbt Leser!

Hebergangsmäntel
für Damen sowie die Restbestände
des Winters sehr billig
Confirmandenkleider und -Mäntel
schon am Lager
Mäntelhaus Notes Schloß
Magdeburg
Breiter Weg 151, Eing. Gr. Minsitzstraße

Hotel u. Restaurant
„Weißer Bär“
Bes. Ad. Yörnagel.

Deutsche Einheit
Wochenschrift
Herausgegeben von Volschaler z. D. Graf Bernstorff
M. b. R. und Senator a. D. Dr. Stubmann.
Verl.-Verlag G. m. b. H., Hamburg 11.
Bezugspreis: Vierteljährlich 5 RM.

Beilage zum „Politischen Wegweiser“

Nummer 4

(Halle S.), den 22. Januar 1927

3. Jahrgang

Mittelstand und Staat.

Demokratische Hilfe für den Mittelstand.

Demokratischer Reichs-Mittelstandstag.

I.

Am Sonnabend, den 15. Januar fand im Preussischen Landtag die Delegiertenversammlung der demokratischen Mittelstandsvertreter statt. Im Verlauf des Landtages, der mit den Reichstagen geschloß, war, was eine überaus feierliche Tagung von Delegierten aus dem ganzen Reich versammelt, darunter eine große Anzahl von führenden Parlamentariern aus Mittelstand, Handwerk und selbständigen Gewerbe.

Der Leiter der Versammlung, Reichstagsabgeordneter Barthel, begrüßte die Erscheinenden und begrüßte im besonderen den Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei, Reichsminister a. D. Koch, sowie die Reichsminister K. H. J. und Reinhold, den preussischen Landesminister Dr. Schreiber und den Vorsitzenden der demokratischen Fraktion des Preussischen Landtags Kulturrat Prof. Abgeordneter Barthel, wofür er sich ausdrücklich bedankte. Der Führer der Deutschen Demokratischen Partei Koch nahm dann das Wort, um die grundsätzliche Haltung der Deutschen Demokratischen Partei zu den Fragen des deutschen Mittelstandes zu erläutern. Er betonte, es sei die Hauptaufgabe, die Kaufkraft des Konsums zu stärken und alles das zu befestigen, was der Geltung dieser Kaufkraft entgegenwirkt. Insbesondere wandle er sich gegen die Zoll- und Finanzpolitik, die betrieben wurde, als die Deutschnationalen noch in der Regierung waren. In der großen Richtung der Politik gehen, hat es die Deutsche Demokratische Partei immer und überall als ihre Hauptaufgabe angesehen, den Mittelstand zu stärken. Deutschland hat eine schwere Zeit hinter sich, aber er heute anfangen zurückzuführen, der muß zeigen, daß Deutschland in den acht Jahren, die seit dem Kriege verstrichen sind, Anzeichen geleistet hat und die Deutsche Demokratische Partei ist stolz, mit dabei gewesen zu sein.

Reichstagsabgeordneter Barthel dankte dem Parteiführer und wies darauf hin, daß die starke Beteiligung an dem demokratischen Mittelstandstag am besten beweise, wie stark der demokratische Gedanke im Mittelstand mitre.

Annahme nahm der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold das Wort, der einen Rückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung der Jahre 1925-26 gab. In diesen Jahren haben gerade Mittelstand und Handwerk besonders schwer leiden müssen, aber gerade angesichts dieser Krisenzeit habe sich doch wieder die Lebensfähigkeit, die Lebenskraft und der Lebenswille des deutschen Mittelstandes gezeigt. Die Schwierigkeiten zu Beginn des Jahres 1926 kamen in erster Linie von der Geldkrise her. Geld war damals teuer und sehr schwer zu haben. Diese Situation veränderte sich nicht nur die Struktur des Konsums, sondern sie entzog auch den Betrieben das Geld, das zur Führung dieser Betriebe notwendig war. An dieser schärfsten Stelle ist die demagogische Finanzgebarung in Reich, Ländern und Gemeinden nicht zuletzt schuld gewesen. Weiter ließ auch die Verwendung des auf öffentlichen Rechen liegenden Geldes außerordentlich viel zu wünschen übrig. Man braucht dabei gar nicht einmal an Fälle wie Barmal und Kautzler zu denken. Auch gute und solide geleitete Banken wie die Handwerkerbanken, waren nicht in der Lage, ihren Kunden erträgliche Kredite einzuräumen. Eine Verringerung und eine wirtschaftliche Geländung konnte nur durch eine Verbilligung des Geldes eintreten. Als im Sommer vorigen Jahres die neue Regierung gebildet wurde, da wurden dem Zufuß ausländischen Kapitals zunächst keine Hemmnisse in den Weg gelegt. Es ist aber versucht worden, den Kreditbedürftigen zu helfen dadurch, daß die auf gesellschaftlicher Grundlage ruhenden Banken sich Gelder verschaffen konnten. Kennzeichnend für das verfloßene Jahr ist der gehobene Arbeitswille in der Bevölkerung und ebenfalls auch der Wille zum Sparen. Es sieht so aus, als ob das deutsche Volk es jetzt besonders eifrig habe, die verloren gegangenen Kapitalien wiederzugewinnen. Daß wir hinsichtlich der Geldlage weitergehenden Schritt, erblickt am besten die Tatsache, daß der Diszont der Reichsbank auf 5 Prozent herabgesetzt werden konnte, ein Ereignis, das man noch vor einem Jahr für unmöglich gehalten hätte.

Wir sind im übrigen noch lange nicht über den Berg. Wie sehen den nächsten Jahren zwar mit Vertrauen, aber doch mit ernstlichen Bedenken entgegen. Die Hauptgefahrenquelle liegt noch immer in der Erwerbslosigkeit. Das Erwerbslosentum ist erschreckend groß und dieses große Erwerbslosentum bedeutet ein fortwährendes Elend und bedeutet weiter eine Konsumverminderung, unter der wiederum Handwerk und Gewerbe besonders zu leiden haben werden. Es ist unbedingt notwendig, daß das Arbeitslosenversicherungsgesetz vom Reichstag schnell verabschiedet wird. Weiterhin muß als Gefahrenquelle auch die schlechte Lage der Landwirtschaft angesehen werden. Abgesehen davon, daß die Landwirtschaft immer klagt, ist es doch leicht so, daß es der Landwirtschaft wirklich schlecht geht. Das ist auch mit zurückzuführen auf den außerordentlich hohen

Kapitalzins, der für die Landwirtschaft von besonders ausschlaggebender Wirkung ist, und der ebenfalls die Kaufkraft der Landwirtschaft vermindert. Eine Notlage der Landwirtschaft ist besonders gefährlich in einem Land, in dem ein Drittel der Bevölkerung direkt oder indirekt von der Landwirtschaft lebt. Auch wenn sich jetzt eine Besserung angebahnt hat, so wird bis zu einem normalen Zustand noch ein weiter Weg sein.

Für die kommenden Jahre werden die Probleme der Konzentration und Rationalisierung noch eine besondere Rolle spielen. Ebenso wird man sich mit dem Ausbau der Arbeitsmöglichkeiten befassen müssen. So liegen z. B. in der Fernabspeicherung, in der mit Beschränkung zu bestehenden Elektrifizierung der Eisenbahn und im Hausbauprogramm noch ungeheure Arbeitsmöglichkeiten, die eine Besserung der wirtschaftlichen Lage bringen können.

Was nun die Finanzpolitik anlangt, so ist es immer das Bestreben der Deutschen Demokratischen Partei und das Bestreben des Reichsfinanzministers gewesen, anstelle eines übertriebenen Fiskalismus das wirtschaftliche Denken zu setzen. Jetzt und in Zukunft muß eingehend geprüft werden, welche Steuererlässe die Produktion und damit die Einkommensbildung hemmen. In diesen Fragen wird man erst dann weiterkommen können, wenn das Problem des endgültigen Finanzausgleichs zur Debatte steht. Dabei müssen die Kompetenzen und die Einkommenslage des Reiches, der Länder und der Gemeinden festgelegt werden. Es wäre indessen falsch, um dieses Kernproblem herumzugehen, dadurch, daß Reich, Länder und die Gemeinden die Steuerdeute einfach hin- und herziehen. Hauptaufgabe ist es, in das gesamte Steuersystem eine Einheitsrichtigkeit hereinzubringen. Vor allem müssen die jetzt besonders drückenden Realsteuern in das System der Reichsteuern eingegliedert werden und dabei dürfen nicht fiskalische, sondern es müssen wirtschaftliche Gesichtspunkte den Ausschlag geben. Weiter ist wesentlich die Steuerlastverteilung der Gemeinden. In den geistigsten Körperlichkeiten muß es die Aufgabe der Volkswirtschaft sein, nicht die Ausgaben zu steigern, sondern die Steuerlast herunterzubringen durch eine sparsame und vernünftige Wirtschaft. Mit der finanziellen Selbständigkeit der Gemeinden wird sicherlich ein Hauptziel der vergangenen Zeit befolgt werden. Die Gemeinden müssen aber auch ihrerseits daran denken, die Gebühren für Gas, Wasser und Verkehrsmittel usw. erträglich zu gestalten. Und zwar so, daß sie eine Hebung des Konsums zur Folge haben. Der Reichsfinanzminister hat alle Bedenken gegenüber dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zurückgewiesen. Dieses Programm war nach den hinter uns liegenden Krisenjahre eine Notwendigkeit. Notwendig war es, daß das dem Reich zur Verfügung stehende Geld nicht den Banken gegeben wurde, sondern daß man es in Rente leiste, aus denen die Arbeit sich notwendig war auch, daß endlich die Reichsbahn die halbkollabierenden Bahnanlagen wieder in Angriff nahm. Diese Bauten hätten wiederum in der Wirtschaft einen Impuls gegeben. Große Aufgaben liegen noch auf dem Gebiete des Baumarktes vor uns. Darf man sich in der Welt wegen früherer Organisationsgebühren gerümpelt, man wird sich aber doch in späteren Jahren darüber wundern, daß in diesen Zeiten größter Erwerbslosigkeit Hunderttausende von Bauarbeitern und Handwerkern beschäftigungslos waren, nur weil man nicht die richtige Organisation für ein Bauprogramm schaffen konnte. Besonders glücklich hat sich also in dieser Hinsicht die deutsche Organisationsgabe nicht gezeigt. Eine Besserung ist nur möglich, wenn von den bisherigen Methoden abgesehen wird. Der Hausbesitz hat hart und schwer unter der Zwangswirtschaft gelitten. Es darf nicht vergessen werden, daß im Hausbesitz ein großer Teil des Volkseinkommens steckt, das nicht preisgegeben werden darf. Hinsichtlich der Mietzinssteuer muß der Standpunkt verfallen werden, daß der für Wohnungsbau abgewandte Betrag der Mietzinssteuer nur als Kapital verwendet wird. Erfreulicherweise hat sich immer mehr der Standpunkt durchgesetzt, daß diese Gelder der Mietzinssteuer viel zweckmäßiger zur Verbilligung der Zinssätze für die Hypotheken Verwendung finden. Wichtig ist, daß sich Reich, Länder und Gemeinden in der Frage des Wohnungsbauprogramms zu einem einheitlichen Willen aufzuringeln.

Der Reichsfinanzminister Reinhold betonte zum Schluß, daß die Deutsche Demokratische Partei in vielen politischen Fragen mit der Sozialdemokratischen Partei einer Meinung sei. In einer Frage aber scheiden sie sich vollkommen: Die Demokraten sind nicht der Überzeugung, daß in der Verfassungslage der Sozialisierung in irgendeiner Form irgendein Spiel für Deutschlands Zukunft zu erblicken ist. Der freie Wille des frei schaffenden, frei seiner Verantwortung bewußten Mannes ist die sicherste Gewähr für die glänzende Zukunft des deutschen Volkes.

Die Ausführungen des Reichsfinanzministers fanden lebhaften Beifall der Versammlung.

Reichstagsabgeordneter Johannes Büll-Hamburg sprach als erster über das Thema: „Der gewerbliche Mittelstand und die Parteien.“ Er führte u. a. aus:

Nur die Staatsbürger geben mit den politischen Parteien durch „Ist und dünn“, die fest auf dem Boden politischer Grundsätze stehen. Nicht nur im Unterbewußtsein, vielmehr steigend ganz offen, läßt sich ein großer Teil der Wähler von eigenen Berufsfragen und Existenzfragen leiten, wenn er sich an der Wahlurne entscheidet. So hängt z. B. der Wahlausgang für die sogenannten bürgerlichen Parteien nicht wenig davon ab, wie sich der gewerbliche Mittelstand orientiert. Die Reichsregierung vertritt im Artikel 164, den selbständigen Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Überlastung und Aufzwingung zu schützen.“ Ohne bis zu werden, läßt sich doch feststellen, daß dieser Artikel das Schicksal weiterer, für andere Berufsstände oder Kaufmannschaften bestimmte, teils, die selber nicht zur Geltung gebracht werden konnten, weil Parlaments- und Wirtschaftsprüfer, wie auch großpolitische Aufgaben, eine härtere Erfüllung der Forderungen in der Reichsverfassung gebietet haben. Anhaltspunkt für die Beantwortung der Frage, welche Parteien für den Mittelstand einsehen, geben Programme und offizielle Wahlauszüge. Nicht die letzte, wohl aber die vorletzte Reichstagswahl am 4. Mai 1924 bietet Vergleichsmöglichkeiten. Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei und Deutschnationalen geben dem gewerblichen Mittelstand die Zusagen, daß seine Bedeutung gewirkt und seine Stellung im Staat gefördert werden soll. Die Sozialdemokraten werden sich ausschließlich an Arbeiter, Angestellte und Beamte und verprechen diesen bessere Lebenshaltung, womit dem gewerblichen Mittelstand nur gebietet sein kann. Die Kommunisten verdrängen nicht nur Arbeiter, sondern auch Handwerker und Bauern für die „Spende des Käsepotes“ zu erwärmen. Den Reich schlägt aber mitaus, was Bekräftigung angeht, die „Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes“. Ihre Stärke liegt freilich mehr in der Kritik wie in der Logik. Sie stößt im offiziellen Wahlauszug gewissenhaft Sünden und Vergehen aller Regierungen und Parteien des letzten Jahrzehnts auf, angefangen von der „Zwangswirtschaft“ bis zu den Fiskusgebühren, Stom- und Gaspreisen herab. Ohne tieferes Eingehen auf zwangsläufige politische Umstände fordert die Partei „Abkehr von der falschen Wirtschaftspolitik“ und kommt zu dem Urteil, daß die Mittelständler den „bürgerlichen Parteien“ keinen Glauben mehr schenken dürfen und auf die schönen Mittelstandsprogramme nicht mehr „hereinfallen“ sollen. Darauf stellen die Mittelständler prompt auf die Bekräftigungen der „Wirtschaftspartei“ herein.

Der Redner verbreitete sich dann ausführlicher über die Haltung der Parteien, besonders der Wirtschaftspartei, zu den Steuer- und Zollfragen während der Ära Schele, zu den gewerblichen Mieterfragen und anderen Wirtschaftsaufgaben. Wird von der Beamtenpolitik gefordert, daß sie sich nicht isoliert und „keinen Staat im Staate“ bilden soll, so gilt das nicht minder für den gewerblichen Mittelstand, der sich nur wieder aufrichten kann, wenn er in enger wirtschaftlicher und sozialer Verbindung mit den drei anderen Schichten aller Verbraucherkreise zusammenwirkt. Die Bedeutung des Mittelstandes kommt am besten zur Geltung, wenn die Gewerbetreibenden in Fach- und Berufsverbänden, die aber politisch völlig neutral sein müssen, tätig arbeiten. Darüber hinaus ist der Gewerbetreibende in erster Linie Staatsbürger und muß versuchen, seine Auffassungen bei den politischen Parteien durchzusetzen. Die offene politische Betätigung ist für manden Gewerbetreibenden kaum angängig. Muß er sich darum politisch laßieren? Darf er leugnen, daß seine Existenz von der Rolle abhängig ist, die Deutschland wirtschaftlich und weltwirtschaftlich spielen?

Die Deutsche Demokratische Partei ist eine ausgeproffene Gegnerin jeder einseitigen Standes- und Klassenpolitik. Damit ist allerdings, daß sie keine wirtschaftliche Schwächung des Mittelstandes zulassen kann, wenn sie ihre schönste Aufgabe, die Überwindung der Klassenverhältnisse der Länder und Gemeinden zum größten Teile hinhilflich gemacht worden. Die Finanzpolitik des Herrn von Schöner hat sich nicht dazu entschließen können, die Umsatzsteuer aufzuheben und die Umsatzsteuer im wesentlichen abzuschaffen. Erst unter der Leitung des Finanzministers Reichsminister Reinhold gelang es, die Umsatzsteuer zu beibehalten und die Umsatzsteuer auf 3 Prozent herabzusetzen. Auch sonst ist Finanzminister Dr. Reichsminister Reinhold dem Mittelstand, Erleichterungen bei den Steuererhöhungen für das Jahr 1925 und auch für die Steuererhöhungen 1926 eintreten zu lassen und hat die Finanzämter freigegeben, besonders dem Handwerk und dem Kleingewerbe Erleichterungen jeder Art zuteil werden zu lassen. Der Reichsfinanzminister hat seiner Reichs-Richtlinien vom 28. 12. 26 herausgegeben, daß auch Handwerkerkassen und das freie Handwerk als Dar-

lässe stehen. Nicht nur im Unterbewußtsein, vielmehr steigend ganz offen, läßt sich ein großer Teil der Wähler von eigenen Berufsfragen und Existenzfragen leiten, wenn er sich an der Wahlurne entscheidet. So hängt z. B. der Wahlausgang für die sogenannten bürgerlichen Parteien nicht wenig davon ab, wie sich der gewerbliche Mittelstand orientiert. Die Reichsregierung vertritt im Artikel 164, den selbständigen Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Überlastung und Aufzwingung zu schützen.“ Ohne bis zu werden, läßt sich doch feststellen, daß dieser Artikel das Schicksal weiterer, für andere Berufsstände oder Kaufmannschaften bestimmte, teils, die selber nicht zur Geltung gebracht werden konnten, weil Parlaments- und Wirtschaftsprüfer, wie auch großpolitische Aufgaben, eine härtere Erfüllung der Forderungen in der Reichsverfassung gebietet haben. Anhaltspunkt für die Beantwortung der Frage, welche Parteien für den Mittelstand einsehen, geben Programme und offizielle Wahlauszüge. Nicht die letzte, wohl aber die vorletzte Reichstagswahl am 4. Mai 1924 bietet Vergleichsmöglichkeiten. Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei und Deutschnationalen geben dem gewerblichen Mittelstand die Zusagen, daß seine Bedeutung gewirkt und seine Stellung im Staat gefördert werden soll. Die Sozialdemokraten werden sich ausschließlich an Arbeiter, Angestellte und Beamte und verprechen diesen bessere Lebenshaltung, womit dem gewerblichen Mittelstand nur gebietet sein kann. Die Kommunisten verdrängen nicht nur Arbeiter, sondern auch Handwerker und Bauern für die „Spende des Käsepotes“ zu erwärmen. Den Reich schlägt aber mitaus, was Bekräftigung angeht, die „Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes“. Ihre Stärke liegt freilich mehr in der Kritik wie in der Logik. Sie stößt im offiziellen Wahlauszug gewissenhaft Sünden und Vergehen aller Regierungen und Parteien des letzten Jahrzehnts auf, angefangen von der „Zwangswirtschaft“ bis zu den Fiskusgebühren, Stom- und Gaspreisen herab. Ohne tieferes Eingehen auf zwangsläufige politische Umstände fordert die Partei „Abkehr von der falschen Wirtschaftspolitik“ und kommt zu dem Urteil, daß die Mittelständler den „bürgerlichen Parteien“ keinen Glauben mehr schenken dürfen und auf die schönen Mittelstandsprogramme nicht mehr „hereinfallen“ sollen. Darauf stellen die Mittelständler prompt auf die Bekräftigungen der „Wirtschaftspartei“ herein.

Der Redner verbreitete sich dann ausführlicher über die Haltung der Parteien, besonders der Wirtschaftspartei, zu den Steuer- und Zollfragen während der Ära Schele, zu den gewerblichen Mieterfragen und anderen Wirtschaftsaufgaben. Wird von der Beamtenpolitik gefordert, daß sie sich nicht isoliert und „keinen Staat im Staate“ bilden soll, so gilt das nicht minder für den gewerblichen Mittelstand, der sich nur wieder aufrichten kann, wenn er in enger wirtschaftlicher und sozialer Verbindung mit den drei anderen Schichten aller Verbraucherkreise zusammenwirkt. Die Bedeutung des Mittelstandes kommt am besten zur Geltung, wenn die Gewerbetreibenden in Fach- und Berufsverbänden, die aber politisch völlig neutral sein müssen, tätig arbeiten. Darüber hinaus ist der Gewerbetreibende in erster Linie Staatsbürger und muß versuchen, seine Auffassungen bei den politischen Parteien durchzusetzen. Die offene politische Betätigung ist für manden Gewerbetreibenden kaum angängig. Muß er sich darum politisch laßieren? Darf er leugnen, daß seine Existenz von der Rolle abhängig ist, die Deutschland wirtschaftlich und weltwirtschaftlich spielen?

Die Deutsche Demokratische Partei ist eine ausgeproffene Gegnerin jeder einseitigen Standes- und Klassenpolitik. Damit ist allerdings, daß sie keine wirtschaftliche Schwächung des Mittelstandes zulassen kann, wenn sie ihre schönste Aufgabe, die Überwindung der Klassenverhältnisse der Länder und Gemeinden zum größten Teile hinhilflich gemacht worden. Die Finanzpolitik des Herrn von Schöner hat sich nicht dazu entschließen können, die Umsatzsteuer aufzuheben und die Umsatzsteuer im wesentlichen abzuschaffen. Erst unter der Leitung des Finanzministers Reichsminister Reinhold gelang es, die Umsatzsteuer zu beibehalten und die Umsatzsteuer auf 3 Prozent herabzusetzen. Auch sonst ist Finanzminister Dr. Reichsminister Reinhold dem Mittelstand, Erleichterungen bei den Steuererhöhungen für das Jahr 1925 und auch für die Steuererhöhungen 1926 eintreten zu lassen und hat die Finanzämter freigegeben, besonders dem Handwerk und dem Kleingewerbe Erleichterungen jeder Art zuteil werden zu lassen. Der Reichsfinanzminister hat seiner Reichs-Richtlinien vom 28. 12. 26 herausgegeben, daß auch Handwerkerkassen und das freie Handwerk als Dar-

Klempnerobermeister Barthel-Königsberg i. Br., M. d. R., berichtigte danach über die Mittelstandsarbeit im Reichstag.

Auf dem Gebiete der Steuererhebung ist es der Deutschen Demokratischen Partei gelungen, wesentliche Erleichterungen für das Gewerbe herbeizuführen. Leider sind diese Erleichterungen durch Steuererhebung der Länder und Gemeinden zum größten Teile hinhilflich gemacht worden. Die Finanzpolitik des Herrn von Schöner hat sich nicht dazu entschließen können, die Umsatzsteuer aufzuheben und die Umsatzsteuer im wesentlichen abzuschaffen. Erst unter der Leitung des Finanzministers Reichsminister Reinhold gelang es, die Umsatzsteuer zu beibehalten und die Umsatzsteuer auf 3 Prozent herabzusetzen. Auch sonst ist Finanzminister Dr. Reichsminister Reinhold dem Mittelstand, Erleichterungen bei den Steuererhöhungen für das Jahr 1925 und auch für die Steuererhöhungen 1926 eintreten zu lassen und hat die Finanzämter freigegeben, besonders dem Handwerk und dem Kleingewerbe Erleichterungen jeder Art zuteil werden zu lassen. Der Reichsfinanzminister hat seiner Reichs-Richtlinien vom 28. 12. 26 herausgegeben, daß auch Handwerkerkassen und das freie Handwerk als Dar-

Lehnnehmer für die Haussteuer aller Art berücksichtigt werden sollen. Die wirtschaftlichen Fragen sind in dem Tagesprogramm des Reichstags sehr eingehend behandelt worden. In dem Antrag, langfristige Mittelfristkredite zur Verfügung zu stellen, ist leider nicht eingetragenen worden, es sind nur kurzfristige Mittelfristkredite zur Verfügung gestellt worden, die in kurzer Zeit rückzahlbar waren. Wir unterseits werden nicht nachlässig in der Forderung, daß zur Gesundung des gewerblichen Mittelstandes nur langfristige Hypothekendarlehen zu billigen Zinssätzen herbeiführen können. Ferner wurde die Reichsregierung ersucht, schleunigst eine Novelle zur Gewerbeordnung einzuführen, die die Berufsorganisation des Handwerks einer Neuordnung unterzieht. Leider ist diesem Antrag bisher noch nicht entgegen worden. Es ist jedoch zu erwarten, daß im Laufe dieses Jahres die Novelle dem Reichstags gehen wird. — Ferner ist es gelungen, die Berufsorganisation für Leistung und Lieferung herauszugeben. Es ist zu erwarten, daß diese Berufsorganisation auch bei den Kantämtern der Reichsregierung, Länderregierungen und Kommunen volle Beachtung erhält und damit zur Gesundung des Berufsstandes beitragen wird. Weiter wurde verlangt, daß die Mittelstände im Hausierhandel und Warenverkehr durch Gesetzgebung begünstigt werden sollten. Hier hat die Regierung in Aussicht gestellt, daß der Steuergehalt der Gewerbeordnung diese Fragen einer Prüfung zu unterziehen. — Wir haben ferner einen Antrag im Reichstag zur Annahme gebracht, daß die in das Gebiet des gewerblichen Mittelstandes entfallenden Lieferungen bei der Reichswehr grundständig durch die freien Berufe und nicht durch die Verwaltungen auszuführen sind. Die Reichsregierung hat diesem Antrag entgegen und erwidert, daß nur kleine dringende Lieferungsarbeiten in der Verwaltung vorgenommen werden. Wir haben auch Anfragen unsere Zustimmung gegeben, die sich darauf erstrecken, den Warenhandel in Amtsräumen der Reichsbehörde und der Reichsbehörden zu unterstützen. Hier ist zu bemerken, daß die demokratischen Minister in Anknüpfung diesem Antrag durch Verbot des Warenhandels in amtlichen Räumen Rechnung getragen haben. — Ferner haben wir uns dafür eingesetzt, daß neben den großen Wirtschaftsverbänden der Industrie und des Handels, des Handwerks und Gewerbes bei der Regelung großer Fragen der Wirtschaft wird. Die Regierung hat die Verwaltung rechtlich angeordnet. — Ferner haben wir uns dafür eingesetzt, daß die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Gewerbeordnung mit den damit zusammenhängenden Bestimmungen aufgehoben wird. Es ist gelungen, auch diese Verordnung durch einen Beschluß der Reichsregierung vom 19. 7. 26 aufzuheben.

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik sind dem Reichstag eine Reihe von Vorlagen größeren Umfangs gemacht worden, die die bisherige Sozialgesetzgebung weiter ausbauen. Dadurch sind dem gewerblichen Mittelstand weitere Lasten aufzuerlegt worden, und man wird nachprüfen, ob das in dem Maße wie fortgesetzt werden können und ob die Wirtschaft noch in der Lage sein wird, diese Belastungen zu ertragen. Unter keinen Umständen darf diese Gesetzgebung zu einer Teufelskurbel führen und ungezählte Millionen der Wirtschaft entziehen.

Sein Arbeitsgerichtsrecht ist es leider nicht möglich gewesen, die Wünsche des Handwerks in vollem Umfange zu erfüllen. Es ist jedoch gelungen, die Fachkommission beim Arbeitsgericht für das Handwerk an Stelle der Innungs-Schiedsgerichte zu setzen und daneben die Befähigungsregeln nach wie vor den zuständigen Organen der Innungen zu belassen. Eine neue Aufgabe, die das Gewerbe besonders interessiert, streifte der Redner noch, die in Aussicht genommene Änderung der Gewerbeordnung, und es ist zu hoffen, daß die Belange des Handwerks und des Gewerbes hierbei in vollem Umfange gewahrt werden.

Der Redner warnte auch insbesondere die Handwerker und den gewerblichen Mittelstand davor, sich durch Sondergruppen, wie Wirtschaftspartei, Aufwertungsgruppe, einzufangen zu lassen. Denn die Wirtschaftspartei hat bisher nicht gezeigt, daß sie den Interessen der Wirtschaft und den Interessen des Gewerbes Rechnung getragen hat, denn die verkehrte Steuer- und Zollpolitik des Jahres 1925 ist nur mit ihrer Hilfe zustande gekommen.

Der preussische Landtagsabgeordnete Tischlerherrenobermeister R n i e t z - K a s s e l berichtete über Mittelstandsarbeit in den Ländern und sprach seinen besonderen Dank der Parteileitung aus, die es ermöglicht hat, einmal vor aller Öffentlichkeit auszuführen, welche Arbeit die Abgeordneten geleistet haben, um den berechtigten Wünschen des gewerblichen Mittelstandes, unter Wahrung der allgemeinen Interessen anderer Völker, nachzukommen. Daß diese Forderungen nicht so schnell erfüllt werden können, liegt einmal in der Not der Zeit, aber auch an dem ständigen Wechsel der Ministerien und an den Krisenmachern. Jeder neuernannte Wirtschafts- oder Handelsminister wird nicht mit den Belangen des Kleingewerbes anfangen. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe, Dr. S c h r e i b e r, ist ein wahrer Freund des gewerblichen Mittelstandes unter der richtigen Erkenntnis, daß die Aufsteigsmöglichkeit des tüchtigen einfachen Menschen auch für die Zukunft für unser Vaterland geboten ist; ebenfalls hat der Finanzminister Dr. H ö p f e r - W i s s o f f nach Lage der Sache, was in seinen Kräften liegt, um den kleinen Geschäftsmann zu entlasten.

Im Preussischen Landtag steht die Regelung der Gewerbebesteuerung für 1927 bevor. In richtiger Erkenntnis der Anrechtspflicht hat der Finanzminister die Heranziehung der Pacht- und Mietverträge für Geschäftsräume zur Ertragssteuer im Gesetzentwurf herausgelassen, jedoch hat der Staatsrat hiergegen Einspruch erhoben; wir warnen, den Bogen weiter zu überspannen, die Erregung in den Kreisen des gewerblichen Mittelstandes ist riesengroß. Von der demokratischen Fraktion ist der Antrag gestellt, daß die Gewerbebesteuerung bei allen Einnahmen bis zu 3600 Mark ein niedrigerer Hundertsatz der Einkommensteuer sein soll.

Die Aufhebung der Zwangsgewerlichkeitspflicht für Läden und Büroräume hat in größeren Städten ebenfalls, wie von den Demokraten vorausgesetzt, große Unzulänglichkeiten gezeigt, jetzt kommen viele, welche nach Freiheit mitgerufen, zu uns und klagen, daß ihnen einmal die Erläuterung genommen werden soll, andererseits eine höhere Miete abverlangt wird. Wir stehen immer noch auf dem Standpunkt, daß der Abbau der Zwangsgewerlichkeitspflicht halber muß mit der allmählichen Befreiung unserer Wirtschaftslagen.

Das Bauwesen ist zum allmählich wieder in die Hände der dazu berufenen Kreise geleitet werden, alle vertretenden Zwischenstellen müssen wieder ausgefüllt werden. Die Wohnungsbaufträge ist freiwillig ein Zins- und Kapitalfrage.

Schwere Sorge für den Mittelstand bedeutet, daß noch nicht zur dritten Lesung vorgelegte Städteordnungs-gesetze, und hier sind es die Paragraphen 74-77, die in der Vorlage stehen, daß die Gemeinden berechtigt sein sollen, städtische gewerbliche Betriebe jeder Art einzurichten. Die Demokraten haben sich scharf hiergegen gewandt.

Die Gefängnisarbeit muß so gestaltet werden, daß wohl der Gefangene seine Arbeit hat in Form von Halbfabrikaten und sonstigen Arbeitsleistungen, darf aber dem freien Gewerbe nicht die Fertigkeiten nehmen. Die massenhafte Arbeit ist nur in besonderen Fällen zulässig.

Der Redner gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß diese Tagung dazu beitragen, daß die Arbeit, welche der selbständigen gewerblichen Mittelstand leistet, von den maßgebenden Kreisen in Zukunft mehr Anerkennung findet.

Zu der außerordentlich hart besetzten Vertretertagung ent sandte der Wahlkreis Magdeburg-Mittel ein stattliches An zahl Vertreter aus M a g d e b u r g, der Altmarke, den H a r z, und der Stadt M a g d e b u r g. Der Vertreter unseres Wahlkreises im Mittelstandsaußenrat, Herr Kaufmann K e l l, nahm Gelegenheit, in der großen Versammlung sich zur Gewerbebestehung der Gewerbebestehung und was darauf hin, daß diese Steuer viel sozialer gestaltet werden müßte. Die demokratischen Abgeordneten hätten die Pflicht, sich im Landtag ganz besonders für eine wesentliche Erleichterung der Gewerbebesteuerung einzusetzen. Diese Steuer müßte in ein faires Verhältnis zur Einkommensteuer gebracht werden. Es sei ein schreiendes Unrecht, daß Miete und Zinsen mit bestraft werden. Redner hat die demokratischen Abgeordneten dringend, ihren ganzen Einfluß zu benutzen, um erhebliche Erleichterungen in der Gewerbebesteuerung durchzusetzen. Sollte wider Erwarten die Veranlagung der Miete im Gewerbebestehungsgesetz bestehen bleiben, so müssen die demokratischen Vertreter in den Kommunen darauf dringen, daß die kommunalen Zuschläge, die zum Teil 6 bis 700 Prozent und noch höher sind, um mindestens die Hälfte herabgesetzt werden.

**Werbung neuer Mitglieder
und
Verebreitung unserer Wochenchrift
unter
und nachhaltiger Unterstützung
der Partei.**

Anmeldungen nehmen entgegen:
**Deutsche Demokratische Partei Magdeburg
Breitenweg 139/140
Deutsche Demokratische Partei Halle
Leipziger Straße 21.**

Große öffentliche Kundgebung.

II.

Im Anschluß an die Delegiertenversammlung der demokratischen Mittelstandsvertreter fand am Sonntag, den 16. Januar, vormittags in Berlin in den Kammerkassalen eine große Mittelstandsversammlung statt, die das Thema trug: „Die Stellung des gewerblichen Mittelstandes im heutigen Staat.“

Die überaus zahlreich Teilnahme von Vertretern des Mittelstandes an dieser Kundgebung war ein Beweis dafür, daß die demokratischen Gedanken im deutschen Mittelstand eine fruchtige Stütze gefunden haben.

Die Leitung und Eröffnung der Kundgebung lag in den Händen des Malermeisters K ö n i g, der nach einer Begrüßungsansprache a. a. ausführt:

„Ist der gewerbliche Mittelstand im Verhältnis zu anderen Schichten des deutschen Volkes schwerer belastet? Diese Frage muß bejaht werden. Der selbständige Gewerbetreibende ist auf sich allein gestellt. Die Sozialversicherungen, zu denen er als Arbeitgeber beitragen muß, sichern ihn nicht. Er kann dem Alter nicht unvorbereitet entgegengehen wie der Beamte. Sein Besitz ist zu gering, um ihn beim Verlangen der Arbeitskraft, vor Not zu schützen. Aber Reich und Gemeinde fordern von ihm größere Leistungen als von anderen.“

Der gewerbliche Mittelstand ist der a r b e i t s a m t e aller Stände. Der Achtstundentag besteht nicht für ihn. Hierin liegt vielen seiner Mitglieder unheimlich. Frauen und Kinder arbeiten mit. Aber er ist leider in politischer Hinsicht bei am wenigsten reglementiert. Andere Parteien ist es gelungen, durch V e r p r e c h u n g e n, die nie gehalten wurden, Stimmen des Mittelstandes einzufangen und dann für Steuererhöhungen und Zölle zu stimmen. S i n t e r e werden dann allerdings Protestveranlassungen abgeben. Nach der Handwerker und Kaufmann weiß, daß die Steuerlast nicht leicht sein kann, aber es darf nicht zur Entroftung des Mittelstandes kommen. Es werden sich zwei Fragen: Erstens: Sind die aufzubringenden Steuern gerecht verteilt? Zweitens: Wird in Reich, Ländern und Gemeinden mit der nötigen äußersten Sparsamkeit gewirtschaftet? Beide Fragen kann der bedrückte Mittelstand nicht bejahen. Um die wirtschaftliche Lage zu heben, fordert das Gewerbe, daß die Kaufkraft mehr und energischer als bisher gefördert werde. Die verfallenen Betriebe brau-

her Arbeit. Soll man hohe Steuern zahlen, muß man die Beträge erst verdienen können.“

Danach nahm dann der preussische Minister für Handel und Gewerbe, Dr. S c h r e i b e r, das Wort. Minister Schreiber sagte über die Stellung des Mittelstandes im Staat u. a.:

„Die Stellung eines Berufsstandes im Staat hängt wesentlich ab von dem Anteil, den er an den öffentlichen Dingen nimmt und der Mitarbeit, die er in den Organen des Staates leistet. Manche Berufsstände haben das rechtzeitig erkannt und danach gehandelt. Der große Einfluß, den sie dadurch geschaffen haben, zeigte sich erst in diesen Tagen, als bei den Verhandlungen über eine neue Regierung im Reich die Vertreter der Arbeitseiner, der Industrie und der Landwirtschaft neben den politischen Parteien offiziell zu Rate gezogen wurden. Der gewerbliche Mittelstand hat demgegenüber bisher eine starke Zurückhaltung geübt. Zu seinem Schaden. Auch heute, wo das politische Interesse der mittelständigen Schichten unseres Volkes in der Not der Zeit erweckt ist, verhalten sich viele Propaganda, dieses Interesse auf die allerersten Reihen zu beschränken und von den großen Fragen der allgemeinen Politik abzuwenden. Dadurch wird die Stellung des Mittelstandes in unserem Volke nicht gefördert. Politik und Wirtschaft sind untrennbar verbunden. Jeder Beruf hängt von dem anderen ab und von der allgemeinen Entwicklung des Volkes. Der Krieg mit seinen wirtschaftlichen Zerkümmern hat deutlich genug gezeigt, wie eine unglückliche Außenpolitik die Verhältnisse der Wirtschaft zum Grund aus evolutionieren kann. Soll die Wirtschaft diese schlimmen Erfahrungen nicht vermeiden, um eine auswärtige Politik zu unterziehen, die sich fernhält von Abenteuer und der Befriedung Europas dienbar ist?“

Die erste Voraussetzung für eine weitere Befreiung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist die vollkommene Sicherung und Festigung der verfassungsmäßigen Grundlagen unseres Staatswesens. Ohne Ordnung im Innern und ohne Sicherheit der verfassungsmäßigen Grundlagen des Zusammenlebens der Nation können Handel und Wandel nicht gedeihen. Es ist deshalb auch für die Lage des deutschen Mittelstandes von Wichtigkeit, daß unsere staatsrechtlichen Verhältnisse sich in den letzten Jahren auszuweichten konsolidiert haben und der republikanische Gedanke in weiten Kreisen an Boden gewonnen hat. Es folgt daraus, daß der Mittelstand sich in seinem eigenen Interesse dieser Entwicklung weit deutlicher als bisher zur Verfügung stellen muß. Die wirtschaftliche Lage großer Teile des deutschen Mittelstandes ist besonders schwierig. Überall machen sich die Beschränkungen der Inflationen noch deutlich bemerkbar. Beim Handwerk ist vielfach das Arbeitsgerät verbrauchte oder veraltet. Ihm fehlt das Betriebskapital, um mit neuen Arbeitsmethoden den Anschluß an leistungsfähige Fortschritte zu finden, der zur Sicherung seiner Existenz notwendig ist. Dem Einzelhändler fehlen die Mittel, um sein Geschäft zu entwickeln.

Die Kreditfrage hat auch in den Kreisen des Mittelstandes ihre besondere Bedeutung gewonnen. Das Leihgeld ist knapp und teuer. Erreicht der Kunde im letzten Jahre Fortschritte erzielt worden. Die fortschreitende Ermäßigung der Zinssätze wird weitere Erleichterungen bringen. Die erfreulich zunehmende Sparfähigkeit unseres Volkes wird den Kreditbedarf besser als bisher befriedigen helfen.

Die Lage des Mittelstandes hängt wesentlich davon ab, daß die Kaufkraft der breiten Massen unseres Volkes gehoben wird, damit der Warenumsatz wieder zunimmt. Die Wirtschaft hat deshalb allen Grund, die Bemühungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln zu fördern. Es darf nicht unversucht bleiben, um auf dem Gebiete der Sonderbesteuerung der Wirtschaft den Steuerdruck, der die Entwicklung des Wirtschaftslebens hemmt, und die Arbeitslosigkeit vermehrt, zu erleichtern. Dabei muß eine durchgreifende Vereinfachung der Verwaltung und des Steuerwesens selbst mitgehen, für die die Unterstützung aus den drei Schichten der Wirtschaft leider nicht lebendig genug ist. Die Gewerbebesteuerung in ihrer bisherigen Art und Höhe entspricht nicht den Grundbedürfnissen der Wirtschaft. Gewisse Verbesserungen sind eine Novelle zum Gewerbebestehungsgesetz bringen. Es ist zu hoffen, daß bei Gelegenheit des enghängigen Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern noch weitere Verbesserungen erzielt werden können. Der allmähliche Abbau der Zwangsgewerlichkeitspflicht auf dem Gebiete des Mietwesens ist beabsichtigt, aber es muß vorgefragt werden, daß die Mieter nicht durch unnötige Kündigung oder übermäßige Mieterhöhungen in ihrer Existenz gefährdet werden.

Nach der mit starkem Beifall aufgenommenen Rede des preussischen Handelsministers sprach dann der demokratische Abgeordnete des preussischen Landtages, Bädermeister H o r t h, der sich in besonderen mit den parlamentarischen Arbeiten des Preussischen Landtages für den Mittelstand befaßt. Der Redner erörterte u. a. die demokratischen Forderungen zur Reform der Gewerbebesteuerung. Er forderte vor allem eine Relation der Gewerbebesteuerung zur Reichseinkommensteuer. Weiter beschloß sich der Redner mit der Freigabe der gewerblichen Räume. Die Herausfindung der Mieten bedeutet für viele Teile von Ladeninhabern eine schwere Existenzgefährdung. Es geht nicht an, daß die gewerblichen Ladeninhaber nun dafür büßen müssen, daß die Zwangsgewerlichkeitspflicht nicht vollständig und noch nicht bei den Wohnungen aufgehoben worden ist. Was die Frage der Hausinspektoren anlangt, so wird dieses Problem in demokratischen Kreisen bereits seit langem erörtert, und es ist vorgeschlagen worden, die Hausinspektoren in der jetzigen Höhe nur noch so lange aufrecht zu erhalten, so lange der allerdringendste Wohnungsbedarf noch nicht befriedigt ist. Man kann daran denken, wenn etwa in drei Jahren der Baumarkt eine Belohnung erfahren hat, die Hausinspektoren um etwa 2 Prozent jährlich zu senken, bis sie auf diese Weise ganz verschwinden.

Der Obermeister der Bifhauer-Innung Hamburg K u z e l o o s k y beschloß sich im wesentlichen mit Handwerkerfragen. Er kritisierte die oft zu bemerkende Nichtachtung des

Inflation und Geldentwertung fast überall die eigene, wenn auch kleine kapitalistische Grundlage entzogen worden ist.

Besonders amstritten ist in Mittelstandskreisen bekanntlich die Hauszinssteuer, die gleichfalls in vergangenen Jahren erwägt wurde. Man war sich darüber einig, daß trotz aller Bedenken die Hauszinssteuer bei unerer gegenwärtigen finanziellen Lage noch nicht entbehrt werden kann. Es wurde aber vorgeschlagen, mit ihrem prozentualen Abbau sofort zu beginnen, sobald der dringende Bedarf an Wohnraum gedeckt ist. Im übrigen wurde scharfe Kritik geübt an den vielfachen bürokratischen Hemmungen, die noch immer der Durchführung eines großzügigen Wohnungsbauprogrammes entgegenstehen.

Es können im Rahmen dieses Rückblickes nicht alle Einzelheiten aus den interessanten und lehrreichen Erörterungen der beiden Tage hervorgehoben werden. Festgehalten aber muß noch das grundsätzliche Ergebnis werden, die Stellung des Mittelstandes innerhalb der anderen Stände, der Parteien und der Gesamtion. Es ist ja in den letzten Jahren der Versuch gemacht worden, den Mittelstand für eine Art Klassenkampfpuppe zu gewinnen und für diesen Klassenkampf in der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes eine besondere Form zu schaffen. Man ging dabei von der Erwägung aus, daß auch andere große Klassen, man nennt die Landwirtschaft und die Arbeiterschaft, sich in besonderen Parteien zusammenschließen hätten. Selbst wenn man als richtig annimmt, daß eine solche Tatart der beiden genannten Stände für diese von Vorteil ist, ist es aber doch ein

Irrium, den gleichen Gesichtspunkt auch für die Realität des Mittelstandes in den Vordergrund zu stellen. Denn der Mittelstand verfügt nun einmal nicht über so große und geschlossene Massen, wie Arbeiterschaft und Landwirtschaft. Er ist zahlenmäßig viel zu schwach, um sich durchzusetzen, wenn er sich in einer eigenen selbständigen Partei organisiert. Außerdem sind die Interessen der einzelnen Gruppen des Mittelstandes oft entgegengesetzt. Die Wirtschaftspartei des Mittelstandes hat dies zu ihrem Besonderen bereits in der Frage der Freigabe der gewerblichen Räume erfahren müssen. Nicht rückwärtslose Berücksichtigung des eigenen, oft doch recht stark mißverstandenen Interesses, nicht ein brutaler Klassenkampf, sondern ein gerechter Ausgleich kann nur den Interessen des Mittelstandes dienen. Für diese Politik wird er jederzeit Bundesgenossen finden in den anderen Ständen auf der Grundlage einer Partei, die, wie die Deutsche Demokratische Partei, den Ausgleich der verschiedenen Interessen unter Voraussetzung des Wohlles der Gesamtheit als ihr Ziel ansieht.

Mittelstand gegen die Wirtschaftspartei.

Der Wirtschaftsparteiler Drewhl niedergefahren.

Zu gleicher Zeit, als die Demokraten ihre große öffentliche Mittelstandskundgebung veranstalteten, vereinigten sich

Tausende von Gewerbetreibenden und Inhaber von Ladengeschäften in Berlin im „Clau“ zu einer eindrucksvollen Protestkundgebung gegen den Erlass des preussischen Wohlfahrtsministeriums betreffend Aufhebung des Mieter schutzes für gewerbliche Räume.

Landrichter Rauten behandelte die Interessengemeinschaft zwischen den gewerblichen und den Wohnungsmietern unweilsch dabei scharf gegen den Haus- und Grundbesitz. Wirkungsvoller Weise setzte sich Rechtsanwalt Giesel mit der angelegenen Berordnung auseinander. Er wies ihr zahl reiche juristische Mängel und Widersprüche nach. Sein Schlussfolgerung, daß diese Berordnung ein Feind der Volks wohlfahrt sei und darum alsbald aufgehoben werden müße wurde mit fröhlichem Beifall aufgenommen. Beide Referenten hatten scharfe Angriffe gegen die Wirtschaftspartei ge richtet, der sie vorwarfen, daß sie unter Führung des Herrn Ledendorff zur einseitigen Interessenvertretung des Haus- und Grundbesitzes geworden sei. Reichstagsabgeordneter Drewhl von der Wirtschaftspartei konnte sich gegenüber der Berordnung nicht durchsetzen, wurde vielmehr niedergefahren. Vor der Deutschen Demokratischen Partei waren die Abgeordneten Merzen und Kiedel anwesend. Merzen versicherte, daß die Demokratische Partei sich für die Aufhebung der Berordnung einsetzen werde, was die Berammlung mit starkem Bei fall quittierte. Er machte zugleich Mitteilung von dem demo kratischen Vermittlungsantrag, der für alle Fälle eingebracht worden ist. In einer einstimmig angenommenen Entschlie ßung faßte die sehr erregte Berammlung die Forderung nach sofortiger Aufhebung der Berordnung noch einmal besonders entschieden zusammen.

Stärkt die Demokratie.

Die Freigabe der gewerblichen Räume.

Ein demokratischer Antrag.

Zur zweiten Beratung des Etats des Wohlfahrtsministeriums hat die demokratische Fraktion des Preussischen Landtags den nachstehenden Antrag eingebracht:

„Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu eruchen:

A) die Berordnung vom 11. 11. 26 betr. Lockerung des Mieter schutzes, soweit sie sich auf die gewerblichen Räume bezieht, aufzuheben.

Im Falle der Ablehnung von A

B) das Staatsministerium aufzufordern, die Berordnung vom 11. 11. 26 durch folgende Bestimmungen abzuändern:

- 1) Für Mieter gewerblicher Räume, die länger als fünf bzw. zehn oder 15 Jahre Inhaber derselben sind, wird die Schutzfrist über den 1. April 1927 hinaus um ein bzw. zwei oder drei Jahre verlängert.

- 2) Für gewerbliche Räume, deren Jahresfriedensmiete in Berlin 400 Mark, in den übrigen Orten der Sonderklasse 3 000 Mark, in den Orten der Ortsklasse A 2 400 Mark, in den Orten der Ortsklasse B 2 000 Mark, der Ortsklasse C 1 500 Mark, der Ortsklasse D 1 000 Mark nicht übersteigt, bleiben die bisherigen Bestimmungen der Wohnungsbewirtschaftung — mit Ausnahme der Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes — aufrechterhalten.

- 3) Wird durch die Kündigung eines gewerblichen Raumes oder durch die Steigerung der Miete die wirtschaftliche Existenz des Mieters bedroht, so steht diesem das Recht zu, einem aus gewerblichen Mietern und Hausbes. paritätisch zusammengesetzten Einigungs aus schuß, der beim Mieteinigungsamt zu bilden ist, an zureufen, der über die Berechtigung der Kündigung bzw. über die Höhe der Miete rechtskräftig zu entscheiden hat.“

Wirtschaftspartei und Regierungsbildung.

Als der Reichspräsident vor einigen Tagen den Führer der Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes, den Bäckereimeister Drewhl, sprechen wollte, da war dieser aus Berlin verhanden. Als jetzt der Reichstagsler Marx bei seinen Bemühungen um die Regierungsbildung mit den beiden Fraktionsvorsitzenden dieser Partei Rücksprache nehmen wollte, da waren beide Herren nicht aufzutreiben. Diese Gratelese der Wirtschaftspartei findet ihren Abschluß in dem letzten Beschluß, in dem zum Ausdruck gebracht worden ist, daß die Wirtschaftspartei Vereinigung an ihrem alten Standpunkt festhält, sich keinem Kabinett gegenüber dauernd zu binden. Die Wirtschaftspartei will ihre jeweilige Entscheidung nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen der von ihr vertretenen Volksschichten treffen. Das ist eine Verantwortung, wie die Wirtschaftspartei sie versteht, das ist eine staatspolitische Verantwortungslosigkeit, die nicht zu überbieten sein dürfte.

Die Politiker der Wirtschaftspartei sagen nicht ja, sie sagen nicht nein, ihre ganze Tätigkeit besteht darin, sich zu drücken, wo sie sich nur drücken können.

Handwerker!

Gewerbetreibende!

Schließt Euch der

Deutschen Demokratischen Partei

an. Die Deutsche Demokratische Partei hat, wie ihre Politik beweist, es stets als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachtet, den Mittelstand zu schützen und zu befestigen.

Verantwortlich: „Mitteldeutsche Rundschau“, Verlag: L. Mühl, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers, Delitzsch.

Beilage zum „Politischen Wegweiser“

Nummer 4

(Halle S.), den 22. Januar 1927

3. Jahrgang

Der Weg zum Weltfrieden.

Eine Rathenau-Erinnerung.

Von Gustav Schneider, Mitglied des Reichstages.
Ein treffliches Jahrbuch für deutsche Angestellte hat der Gewerkschaftsbund Deutscher Angestellter herausgegeben. Aus dem reichen Inhalt verdient eine Uebersicht des Bundesvorsitzers und demokratischen Reichstagesabgeordneten Gustav Schneider besondere Beachtung. In dieser Darstellung „vom Waffenstillstand zum Weltfrieden“ schreibt Schneider u. a. über Rathenau's Wirken: „Walther Rathenau ist inwischen Wiederkaufmannminister geworden. Er organisiert die Sachleistungen. Stark angefeindet von den „Führern“ der deutschen Industrie, schießt er am 6. Oktober 1921 das sogenannte Wiesbadener Abkommen. Als Zusatzabkommen folgen später das Bemelmannsche (2. Juni 1922), das Gilleische (3. Juni 1922), das Stinnes-Lubersbacher (2. September 1922) und einige andere. Die anfangs widerstreitenden Wirtschaftsführer hatten inzwischen eingesehen, daß Rathenau auf dem richtigen Wege war.

Das Londoner Ultimatum erweist sich als undurchführbar. Die deutsche Regierung bittet um ein Moratorium. Die vorgeschlagenen Zahlungen sind nur mit Hilfe einer Auslandsanleihe möglich. Die deutsche Regierung hat in England wegen einer Anleihe verhandelt. Von maßgebender Seite ist ihr erwidert worden, daß „unter der Herrschaft der Bedingungen, welche zur Zeit für die Zahlungsvorgaben Deutschlands gegenüber der Reparationskommission während der nächsten Jahre maßgebend seien, eine solche Anleihe nicht zu erlangen sei.“

Die Konferenz des Obersten Rates in Cannes beginnt am 6. Januar 1922. Die deutsche Delegation trifft am 11. Januar ein; am gleichen Tage geht der französische Ministerpräsident Briand nach Paris, da die Opposition gegen seine versöhnliche Haltung wächst. Am 12. Januar tritt er zurück, und Poincaré wird Ministerpräsident. Trotzdem wird der von Deutschland gewünschte Zahlungsausschub gewährt.

Walther Rathenau entschließt sich, nachdem er Informationsreisen ins Ausland unternommen hatte, dem dringenden Wunsch des Reichspräsidenten folgend, als Außenminister wieder in die Regierung einzutreten (31. Januar 1922). Ich höre ihn noch in einer Parteilösung, seinen Entschluß mit tiefem stillen Ernst und mit dem ihm eigenen Rednergabe begründen. „Weder deutsche Außenminister“, so erregt er, „wird vieles tun müssen, was ihm Haß und Verachtung eines großen Teiles des deutschen Volkes eintragen wird. Kein Außenminister wird in den nächsten Jahren vor das deutsche Volk hintreten können und sagen: der Verfallener Vertrag ist aufgehoben. Immer nur wird es in mühsamen Verhandlungen gelingen, ein kleines Stück herauszubekommen, und jeder dieser neuen Verträge wird als Einleitungsformel enthalten: unter Aufsicht der Bestimmungen des Versailleser Vertrages wird beschlossen.“ Jeder Schritt vorwärts auf diesem Wege wird mit Beschimpfungen und Bedrohungen des Mannes verbunden sein, der ihn besorgt. Aber trotzdem bin ich entschlossen diesen einzig möglichen Weg zur Befreiung Deutschlands zu gehen.“ Vorhaltung, Prophezeiung! Am 24. Juni 1922 lag Walther Rathenau von Augen gerettet in seinem Haus!

Seine große Unerschrockenheit aber hat unersetzbare Spuren hinterlassen! Zum ersten Male tritt Deutschland als gleichberechtigter Partner der Konferenz in Genoa (Beginn 10. April 1922) auf. Rathenau's erstes Wirken in Cannes war nicht ohne Eindruck geblieben. Unvergesslich der Eindruck seiner Rede in Genoa, der alle Nationen hinriß. Unvergesslich aber auch, daß zum ersten Male selbständige, aktive deutsche Außenpolitik sich hervorwagte. Der Abschluß des Rapallovertrages mit Rußland am 15. April zeigte den Allierten, daß Deutschland trotz seiner Schwäche ein außenpolitischer Faktor ist.

Die seit Beendigung des Ruhrkampfes besorgte Außenpolitik hat sich durchgesetzt. Ihre günstigen Auswirkungen haben sich schon gezeigt. Eine Wundheilung der Geister bahnt sich an, nicht nur in Deutschland — Rede Dr. Silberbergs in Dresden im Auftrage des Reichsvertrages der deutschen Industrie —, sondern auch im Auslande. Die Befriedungen Stresemann's mit dem französischen Außenminister Briand im Doorn über die Aufhebung der Besetzung, Rückgabe des Saargebietes, Cuxen-Malmédy, über gemeinsame wirtschaftliche Arbeit zeigen das Ziel der Weständigungspolitik. Ihr endgültiger Erfolg wird abhängen von der nationalen Gesinnung des deutschen Volkes, seiner Abkehr von der nationalen Abwehr und seinem festen Willen, den beschränkten Weg, trotz der Opfer, die er fordert, zu Ende zu gehen. Deutschland liegt wieder im Rat der Völker. Sein Gewicht wird um so entscheidender sein, je geschlossener das deutsche Volk dem Gedanken der europäischen Verständigung dient. Nur so kann das wirtschaftliche Elend überwunden, kann aber auch die Befreiung Deutschlands erreicht werden.

Bei alledem muß klar erkannt werden, daß alles bisher Erreichte nur Anfang ist. Die durch den Krieg hervorgerufenen Wirtschaftlichen Sieger und Besiegte. Ungeheure Verschuldung der Siegerländer untereinander und gemeinsame Verschuldung an Amerika. Schuldensabkommen mit Amerika, die 62-jährige Zahlungsverpflichtungen vorziehen, wie

der Dawesplan für Deutschland. Können kommende Generationen überhaupt mit solchen Tributen belegt werden? Sind sie durchführbar? In der ganzen Welt werden die Zweifel stärker und stärker. Die elende Lage der Arbeitslosen in den europäischen Ländern birgt sittliche, kulturelle und politische Gefahren. Auch die wiedererwachte Macht der kapitalistischen Wirtschaft, sich durch internationale Vereinbarungen immer mehr verstärkend, kann daran nicht vorbeigehen. Was der englische Volkswirt Keynes zuerst ausgesprochen hat und andere nach ihm als einziges Mittel zur endgültigen Herbeiführung

Demokratischer Reichsbauerntag

in Braunschweig am Sonnabend, den 29. und Sonntag, den 30. Januar 1927

Tagesordnung:

Sonnabend, den 29. Januar 1927, nachm. 2 Uhr:

Delegiertentagung im Wilhelmspark, Wilhelmstr. 20

1. Forderungen für ein demokratisches Agrarprogramm Referent: Regierungslandmesser Meindke, Merseburg, Mitglied des Reichstages

2. Ausprache

3. Agitations- und Organisationsarbeit der Deutschen Demokratischen Partei unter der Landbevölkerung Referent: Staatsminister a. D. Rönneburg-Braunschweig, M. d. R. Geschäftsführer Meier, Stolp vom Pommerischen Bauern- und Pächterbund

4. Ausprache !!

abends 8 Uhr:

Gemeinliche Versammlung mit Anträgen führender Abgeordneter im Altanlkhaus, Neue Straße 21

Sonntag, den 30. Januar 1927, vorm. 10 1/2 Uhr:

Große Kundgebung im Braunschweigerischen Sportplatz (Wilhelmshagen)

„Bauernpolitik in der Deutschen Republik“

Leitung und Eröffnungsansprache: Holbfelder Wachjoch de Wente, G. Wimmelage, M. d. R.

„Land für den deutschen Bauern“ Referent: Staatsminister a. D. Rönneburg, M. d. R. (Schlußreden)

Regierungslandmesser Meindke, M. d. R. (Nachfragen)

„Erstzinsen des deutschen Bauern“ Referent: Reichsfinanzminister Dr. Reinhold Holbfelder, Ministerpräsident a. D. Fangen-Hering, M. d. R. (Schlußreden)

Holbfelder Staatsminister a. D. Dietrich, Wiltguth, I. B., M. d. R. (Steuerfragen)

Schlusssprache: Reichsminister a. D. Koch-Weser, M. d. R.

Anmeldungen für die Tagung erbiten mit an die Bezirksstellen der Deutschen Demokratischen Partei, für den Bezirk Magdeburg in Magdeburg, Breitenweg 139/140, für den Bezirk Merseburg in Halle, Leipziger Straße 21. Die Anmeldungen sind möglichst bis zum 22. Januar einzureichen.

des Friedens begründeten: Streichung aller internationalen Schulden, wird sich im Laufe der Entwicklung durchsetzen. Die Vermuthung läßt sich nicht aufhalten. Sie wird auch dem Dawesplan eine Gestalt geben, der die Lasten Deutschlands so bemißt, daß dem deutschen Volke Lebensspektrum bleibt. Deutschland als Mitglied des Völkerbundes hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß sein Inhalt verwirklicht wird: Die Begründung des Weltfriedens auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit.“

Um die Grundschule.

Preussischer Gesetzentwurf über Entschädigung der Privatschulen.

Von unterrichteter Seite wird dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ mitgeteilt:

In langwierigen Verhandlungen befaßte sich der Bildungsausschuß des Reichstages am 13. und 14. Januar d. J. mit einem Kompromißantrag der Deutschvölkischen Partei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei auf Verringerung des Grundschulgesetzes dahin, daß der Abbau oder die Auflösung der privaten Vorschulen hinausgeschoben werden solle, bis die Frage der Entschädigung der Lehrkräfte und Unterhaltsträger geregelt sei. Mit entsprechend großer Mehrheit wurde dieser Antrag im Ausschuss angenommen; eine Befristung für den so geschlossenen Ausschub enthält der Beschluß, abweichend von dem ursprünglich gestellten Antrag der Deutschnationalen Volkspartei, nicht.

Erfreulich an diesen Vorgängen ist der Umstand, daß vom Zentrum nachdrücklich mehrfach betont wurde, es halte durchaus an der Grundidee fest und

wünsche mit seinem Antrag nichts zu erreichen, als die endlich fest langem geforderte, bisher aber gesetzlich nicht geregelte Sicherung der Privatschul-Interessenten gegen die durch die Auflösung der privaten Schulen verursachte materielle Einbuße. Der Antrag der genannten Parteien verfolgt also lediglich den berechtigten Zweck, die bisher noch vermisste Vorlage eines Entschädigungsgesetzes durch die Reichsregierung zu beschleunigen und zwar möglichst so, daß die im Grundschulgesetz festgelegte Abbaufrist innegehalten werden kann. Es ist nun die Aufgabe, damit der Abbau der privaten Vorschulen Ostem d. J. wirklich beglücken kann.

Wie wir hören, hat das Preussische Kultusministerium hierfür weitgehende Vorarbeit dadurch geleistet, daß es dem Reichsministerium des Innern einen fertigen mit voller Begründung versehenen Entwurf eines Gesetzes als Grundlage für die vom Reichsministerium des Innern zu erledigende Arbeit hat zugehen lassen. Da zugleich auch in Hamburg Vorarbeiten für ein Hamburgisches Gesetz des gleichen Inhalts schonen sollen, dürfte wohl mit Recht erwartet werden können, daß das Reichsministerium des Innern mit Hilfe dieser Entwürfe seinen eigenen Entwurf so rasch fertigstellt, daß seine Verabschiedung spätestens im Monat März erfolgen kann. Die Folgen eines weiteren unbeschränkten Aufschubs des Abbaus der privaten Vorschulen wären auch vom Standpunkt der Förderung der Grundschule so schwerwiegend, daß es rasch sein dürfte, diese Erwartungen nicht zu enttäuschen. Schon in Anbetracht der kurzen bis Ostem dieses Jahres verfügbaren Zeit ist es dringend notwendig, daß der Entwurf der Reichsregierung eine volle und endgültige Regelung der Entschädigungsfrage bringt und sich nicht mit einem Rahmengesetz begnügt, das in den hauptsächlich beteiligten Ländern nur neue Kämpfe unter zum Teil ganz verschiedenen Verhältnissen auslösen würde. Die Grundschule muß endlich und endgültig von der Unruhe befreit werden, die die Geltendmachung der an sich verständlichen Interessen der Privatschulbesitzer und Privatschullehrer mit sich bringt.

Aus Parlamenten und Parteien

Herr Dr. Moering Direktor der Breslauer Volkshochschule.

Der Magistrat Breslauer hat unter Aufhebung aller früheren Beschlüsse beschlossen, Herr Dr. Ernst Moering zum Direktor der Städtischen Volkshochschule und Lesesallen zu wählen. Herr Dr. Moering ist in weiten Kreisen als liberaler Theologe und aufrechter Demokrat bekannt.

Die Veränderungen im Reichswehrministerium.

Im Hinblick auf die bekannt gegebenen Veränderungen in der Reichswehr verdienen besonders die Veränderungen im Reichswehrministerium Beachtung. Aus dem Reichswehrministerium scheiden der bisherige Inspekteur der Infanterie, der Chef des Personalamtes, und weiter zwei Abteilungsleiter aus. Diese Veränderungen dürften im übrigen auch als eine Folge des Rücktritts des Generals von Seekt anzusehen sein.

Die Zahl der Reichsbeamten.

Nach einer Uebersicht, die der Reichsfinanzminister dem Reichstag vorgelegt hat, waren am 1. Oktober 1926 bei den Hohenbesverwaltungen 96 175 Beamte, 20 916 Angestellte und 49 632 Arbeiter tätig.

Bei der Deutschen Reichspost einschließlich der Deutschen Reichsdruckerei waren beschäftigt: 252 093 Beamte, 1353 Angestellte und 39 903 Arbeiter.

In der Zeit vom 1. April bis zum 30. September ist bei den Hohenbesverwaltungen eine Personalverminderung um 1173 Beamte und eine Personalvermehrung von 827 Angestellten und 6159 Arbeitern festzustellen worden. Die Personalvermehrung bei der Deutschen Reichspost betrug in dem genannten Zeitraum 2284 Beamte, während die Personalverminderung 2924 Angestellte und 1093 Arbeiter betrug. Im Reichswehrministerium ist eine größere Zahl von Angestellten eingestellt worden, um Soldaten der Wehrmacht, die bisher im Büro, Fernsprechnetz und Kundendienst tätig waren, für den Dienst an der Front frei zu machen. Aus Anlaß des Umtrags der Marktanleihe des Reiches in die Anleihe-Waldungsschuld wurden bei der Reichsschuldenverwaltung 711 Angestellte eingestellt. Der Zugang an Beamten bei der Deutschen Reichspost ist in der Hauptsache in der Übernahme von Reichsbahnbeamten, in der Wiederanstellung von Wartungsbeamten und in der Rückübernahme früherer Postbeamten von anderen Reichsverwaltungen begründet.

Der Kampf gegen den Pommerischen Landbund.

Die Pommerische Bauernschaft legt den Kampf gegen den Pommerischen Landbund mit allen Kräften fort. In den letzten Tagen fanden u. a. in Pommeren Versammlungen in Drenow, Garzin und Epie statt. In diesen Versammlungen wurde u. a. darauf hingewiesen, daß der nur 2000 Bisher zählende Grundbesitz in der Landwirtschaftskammer für Pommeren mit 34 Mitgliedern vertreten sei, während die weit größere Bauernschaft in der Landwirtschaftskammer nur 30 Mitglieder sitzen hat, jedoch sie also bei der Entscheidung der für sie wichtigen

Fragen immer in der Minderheit bleiben muß. Wie sehr der Pommerse Landbund durch das Ansehen der Pommerse Bauernschaft sich bedrängt fühlt, geht daraus hervor, daß noch im Januar in Kolberg der Landbund eine große Verlammlung plant, bei der die von der Bauernschaft erörterten Fragen besprochen werden sollen.

Wittliche Paarung. Eine Verlobungsanzeige in der Wehrwohlfahrt lautet:

Hr. Dora Müller
Königin-Luise-Bund
Kam. Alfred Hummel
Wehrwolf - Familienräter
grüßen als Verlobte.

— Heil! Heil!

736 867 Kriegsbeschädigte.

Eine Statistik des Reichsarbeitsministeriums. Der Reichsarbeitsminister hat dem Reichstag die Uebersicht über die Ergebnisse der Zählung der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und sonstigen Versorgungsberechtigten vom Oktober 1926 vorgelegt. Die erste genaue Zählung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen fand im Oktober 1924 statt. Das Ergebnis der damaligen Untersuchung war, daß sich in den nächsten Jahren voraussichtlich nur die Zahl der Waisen merklich vermindern werde, daß dagegen bei den anderen Gruppen der Versorgungsberechtigten teilweise sogar mit höheren Zahlen als bisher gerechnet werden müsse. Dieses Ergebnis ist durch die jetzige Zählung bestätigt worden. Im Oktober 1924 waren 720 931 Beschädigte und 50 422 Kapitalanten vorhanden, insgesamt wurden also 771 353 Versorgungsberechtigte gezählt. Die Zählung vom Oktober 1926 ergab 736 867 Beschädigte und 55 276 Kapitalanten, zusammen also 792 143 Versorgungsberechtigte. Die Zahl der Beschädigten hat sich somit um 15 936, die Zahl der Kapitalanten um 4854 vermehrt. Diese Steigerung ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß jetzt in der Zeit der großen wirtschaftlichen Not viele, die früher keinen Wert auf eine Rente gelegt haben, sich nachträglich noch darum bemühen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß auch noch für die nächste Zeit mit einer weiteren, wenn auch vielleicht verhältnismäßig nicht allzu wesentlichen Erhöhung der Zahl der Beschädigten gerechnet werden muß. Von diesen Beschädigten waren 38 793, also 5,3 Prozent um mehr als 90 v. H. in ihrer Erwerbsfähigkeit gemindert.

Bei der diesjährigen Zählung wurden bei 736 867 Beschädigten 1 067 680 Versorgungsberechtigte Rinder festgestellt.

Bei den Beschädigten hat auf Grund dieser Feststellungen eine Minderung der Ausgaben bisher nicht in Frage kommen können. Es ist auch nach Lage der Dinge nicht anzunehmen, daß eine solche Minderung in absehbarer Zeit eintreten wird. Zunächst wird im Gegenteil noch mit einer weiteren Steigerung der Ausgaben gerechnet werden müssen. Bei den Waisen hat die Zahl der Halbweisen erheblich abgenommen, die Zahl der Elternrenten-Empfänger und die Zahl der Weisheits-Empfänger hat dagegen wiederum zugenommen. Die Zahl der Wittwen ist umgekehrt gleich geblieben. Die Zahl der Wiederbeschäftigten wird sich in den kommenden Jahren zweifellos noch weiter vermindern. Finanzuell am stärksten wirkt sich die starke Abnahme der Zahl der Waisen aus. Im übrigen dürfte der größte Teil der sich hier ergebenden Ersparnisse durch die Mehrausgaben bei der Beschädigten-Versorgung wieder beansprucht werden.

Parteinachrichten Bezirk Halle.

Beurteilung wegen unlauteren Wettbewerbs.

Halle. Die deutschnationale „Halleische Zeitung“ hat in Halle eine Kollegin die „Allgemeine Zeitung“. Beide sind also politische Gesinnungsfreundeinnen. Und beide werden für sich in Anspruch nehmen, ihre Leser in „echt treubühnerischer Art und Betätigung auf allen Gebieten des täglichen Lebens zu unterrichten und ihnen als Vorbilder auf diesem Felde zu dienen.“ Das hindert sie aber nicht, die Gerichte mit gegenseitigen **Beleidigungs-Klagen** zu beschäftigen, bei denen bald die eine, bald die andere obliegt. So hatte der Verleger der „Halleischen Zeitung“, Otto Thiele, Berlin-Nikolaus, in einer Privatbeleidigungssklage gegen den Direktor der „Allgemeinen Zeitung“, Geisel, dessen Beurteilung zu 400 M Geldstrafe erzielt. Als am 10. Januar die Strafkammer in erneuter Verhandlung die Strafe auf 150 M ermäßigte und die „A. Z.“ diese Herabsetzung darauf zurückführte, daß der Direktor der „A. Z.“ vor Gericht sein geringes Einkommen ins Treffen geführt habe, wurde der „A. Z.“ verächtliche Berichterstattung vorgeworfen und das Blatt eine Gefahr für die **Defensivität** genannt. In ihrer Ausgabe vom 16. Januar veröffentlicht nun die „A. Z.“ nachfolgendes gegen die „Halleische Zeitung“ ergangene Urteil, das sie eine Beurteilung wegen unlauteren Wettbewerbs“ überschreibt:

Im Namen des Volkes!

In Sachen der Mitteldeutschen Verlags-Gesellschaft, Halle a. S., Gr. Brauhofstr. 16-17, Antragstellerin, gegen die Firma Otto Thiele, Druck und Verlag, Buch- und Kunstverleger, Verlag der Halleischen Zeitung in Halle a. S., Leipzigerstr. 61-62 (Inhaber Otto Thiele, Berlin-Nikolaus, Prinz-Friedrich-Leopoldstr. 22), Antragsgegnerin, wegen Erlass einer einseitigen Verfügung hat die 1. Kammer für Handelsachen des Landgerichts in Halle a. S.

für Recht erkannt:

Der Antragsgegnerin (Verlag Otto Thiele) wird am Wege der einseitigen Verfügung bei Meldung einer für

jeden Fall der Zuwiderhandlung vom Gericht festzusetzenden Geldstrafe aufgegeben, in Verweigerung für das Mitteldeutschen Landbunds-Jahrbuch die Behauptung zu unterlassen:

„Als Abnehmer dieses offiziellen Landbunds-Bauernkalenders kommen in erster Linie über 150 000 Landbund-Mitglieder in der Provinz Sachsen in Frage“, sowie die weitere Behauptung dorthin selbst zu unterlassen: „Der Anzeigenteil in diesem Bauern-Jahrbuch, dessen gewaltiger Absatz durch die offizielle Förderung der Landbunds-Organisation gesichert ist...“

Das vorstehende Urteil, so fügt die „Allgemeine Zeitung“ hinzu, hat am 7. Januar 1927 Reichsstrafe erlangt. Es liegt die Tatsache zugrunde, daß Otto Thiele vom Mitteldeutschen Landbunds-Jahrbuch für das Jahr 1926 (im ganzen nur 6000 Stück gedruckt (in Worten: sechs-tausend Stück) und noch weniger verkauft hat, in seinen Reklamefriesen zur Gewinnung von Anzeigen-Aufträgen aber behauptet hatte, als Abnehmer kämen über 150 000 Landbundmitglieder in Frage. (Unterschrift): Mitteldeutsche Verlags-Gesellschaft. Was werden die nächsten gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen diesen politischen Gesinnungsfreunden noch alles an den Tag bringen!

Die Vorstände der Kreisvereine

werden an den Beschlüssen der am 11. November v. J. in Halle abgehaltenen Bezirksvorstandsitzung erinnert, wonach möglichst alle Kreisvereine bis Ende Februar ds. J. einen

Kreisparteitag

einberufen sollten. Der Verein Halle hatte sich bereit erklärt, diese Tagung mit einem Mitglied seines Bezirks zu besenden. Der am 19. und 20. März in Halle zusammengetretene Bezirksparteitag muß ein Bild über die Ausführung dieses Beschlusses vorfinden.

Halle. Herr Minister Dr. Schreiber spricht am Sonntag, den 23. Januar, in einer vom Mitteldeutschen Handwerkerbund veranstalteten Kundgebung vor-mittags 11 1/2 Uhr im unteren Saal des Stadtschloßes.

Jungdemokraten Halle S.

Dr. 2. Bundesvorsitzender des Reichsbundes
Deutscher Demokratischer Jugend e. V., Herr
Meißner Dr. Karl Frank-Berlin
vom Reichsministeramt des Innern
spricht
Sonntag, den 29. Jan. 1927
abends 8 Uhr im Restaurant „St. Nikolaus“
Nikolaistraße über

Der Weg der jungdemokratischen Politik

Wir laden alle Partei- und Gesinnungs-
freunde herzlich ein und bitten um rege
Beteiligung

Der Vorstand.
A. Klenck. E. Minner.

hauses über „Wirtschafts- und Steuerfragen des Mittelstandes“. Die Ortsgruppe des Mitteldeutschen Handwerkerbundes läßt durch ein unserer Partei-Gesellschaftstelle zugegangenes Schreiben die Mitglieder unseres Vereins der D. D. P. in Halle zur Beteiligung an dieser Kundgebung ein. Der Vorstand bittet, von dieser Einladung recht gerne Gebrauch zu machen.

Halle. Geheimer Justizrat Dr. Friedrich Keil, Rechtsanwalt und Notar in Halle, konnte am 18. Januar seinen 70. Geburtstag begehen. Geheimrat Keil kam von den Nationalliberalen, die er im Preussischen Abgeordnetenhaus bis 1918 als Landtagsabgeordneter vertrat, bei Gründung der Deutschen Demokratischen Partei in Halle zu dieser herüber. Er gehörte der demokratischen Fraktion als Stadterbordenrat an und belietete bis 1921 das Amt des Stadterbordennotars. Von 1916 bis 1926 gehörte er dem Provinziallandtag als Mitglied an. Bei den Wahlen 1921 zum Provinziallandtag führte Geheimrat Dr. Keil die Kandidatenliste der Deutschen Demokratischen Partei in Halle. Wir wünschen dem Jubilar und Gesinnungsfreunde noch für lange Jahre die Frische und Rüstigkeit, der er sich bisher erweisen konnte.

Halle. Das Kartell republikanischer Studenten trat am 15. Januar zum ersten Male mit einem im Hotel Hohenzollernhof arrangierten Gesellschaftsabend an die Öffentlichkeit. Die erste Veranstaltung des Kartells kann in Form und Verlauf als durchaus gelungen gelten. Man hatte den Einladungen recht zahlreich Folge geleistet und unterhielt sich auf das beste beim Tanz und bei anderen Darbietungen. Die Begrüßungsansprache des 1. Kartell-Vorsitzenden, cand. Jur. Kunze, in der er auch der Dienstbereitschaft der republikanisch denkenden deutschen Studentenschaft für die deutsche Republik Ausdruck gab, fand wohlwollenden Beifall. Man sah unter den Festteilnehmern viele Anhänger der Deutschen Demokratischen Partei.

Halle (Saale). In Vereinbarung mit dem Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei, Ortsvereiner Halle, laden wir alle Partei- und Gesinnungsfreunde zu

dem Sonnabend, den 29. Januar 1927, abends 8 Uhr im Rest. „St. Nikolaus“, Nikolaistraße stattfindenden Vortrag des 2. Bundesvorsitzenden des Reichsbundes Deutscher Demokratischer Jugend e. V., Herrn Meißner Dr. Karl Frank-Berlin, vom Reichsministeramt des Innern, über „Der Weg der jungdemokratischen Politik“ herläßt ein und hoffen auf rege Beteiligung. Für unsere Mitglieder ist vollständige und pünktliche Anwesenheit selbstverständliche Pflicht. (S. Anzeiger) — Der Vorstand des Vereins der Deutschen Demokratischen Partei bittet die Mitglieder um recht zahlreichere Beteiligung an dieser von den Jungdemokraten einberufenen Versammlung.

Wittfeld (Saale). Deutsche Demokratische Partei. Wir veranstalten am Sonntag, den 23. Januar 1927 in den oberen Räumen des Stadtschl. „Schumanns Garten“ einen Familienabend, bestehend aus musikalischer und Tanz-Aufführungen, Rezitationen u. sonstigen Unterhaltungen. Nach Schluß des Programms Tanz! Im Mittelpunkt des Abends steht die Festanfrage des Herrn Kreisvorsitzenden Dr. K. H. Heine, Wehrburg. Zu dieser Veranstaltung beehrt sich der Vorstand, alle Parteifreunde freundlichst einzuladen. Anfang 4 Uhr.

Eilenburg. Herr Staatsminister Dr. Schreiber spricht am Sonntag, den 20. Februar, in einer von der Ortsgruppe der D. D. P. einberufenen öffentlichen Versammlung. Der Beginn der Versammlung ist auf Samstag 3 Uhr anberaumt. Den Parteifreunden aus der Umgebung Eilenburgs bietet sich zu eine gute Gelegenheit, den Minister zu hören.

Wittfeld. Sonntag, den 20. Februar, findet in der Stadt Wittfeld für den Organisationsbereich des Kreises ein Kreisparteitag statt. Herr Universitätsprofessor Dr. Grünfeld-Salle hat einen Vortrag über „Der deutsche Mittelstand und seine Genossenschaften“ gehalten.

Holzweißig. Die Ortsgruppe der D. D. P. in Holzweißig bei Wittfeld hielt am 13. Januar unter Leitung ihres langjährigen Vorsitzenden Herrn Lehrer Brilowski eine Verlammlung ab, in der nach einigen geschäftlichen Mitteilungen Herr Dorndörff ein umfassendes Uebersicht über die Ursachen und den Stand der Kabinettstürze, sowie über die gegenwärtige Lage auf dem Gebiete der Außen- und Innenpolitik und über die Stellung der Demokratischen Partei gab. Im besonderen ging Redner auch auf das für den gewerblichen Mittelstand direkt schädliche Treiben der sogenannten Wirtschaftspartei ein und forderte zur Aufrüstung in den betreffenden Kreisen auf. Das Auftreten der Wirtschaftspartei habe die Unmöglichkeit, Politik nur nach wirtschaftlich einseitigen Gesichtspunkten zu machen, erwiesen. Gerade in den eigenen Reihen der Partei seien die wirtschaftlichen Gegensätze zu vollster Schärfe gediehen und aneinander geraten. Für den Handwerker- und Mittelstand ließe diese Partei die denkbar schlechteste Vertreterin. Am Schluß seiner Ausführungen gab Redner ein Bild von dem zickelhaften Wirken der demokratischen Partei und ihren unentwegten Festhalten an dem als allein gangbar erkannten Wege zur Wiederverzehrung unseres Vaterlandes. Andere, die lange beiseite standen oder widertritten, pflichten heute allerdings die Früchte, aber die Verleihung des Nobelpreises an Stresemann werde auch dem Änderten Reichtum gerecht. In der Aussprache wurden u. a. auch sozialpolitische Fragen berührt und von Redner beantwortet. Ueber die richtige Arbeit der Ortsgruppe, die trotz schwieriger Verhältnisse ihre Stimmen bei den Wahlen bisher stets vermehren konnte, sprach er seine Freude aus und bat um weitere Tätigkeit in diesem Sinne.

Bad Schmiedeberg. (Zweiwöchige Gründungsfeier des Reichsbundes.) Die Ortsgruppe Bad Schmiedeberg des Reichsbundes Schwarz-Rot-Gold veranstaltete am 8. Januar einen „Baterländischen Bildungsalbum“ zur Erinnerung an den Gründungstag, den 8. Januar 1925. Die Veranstaltung war von der Einmühschaft Bad Schmiedeberg sehr zahlreich besucht. Und sie wird erfreut gewesen sein über die vorzeitlichen Vorbereitungen, mit denen die richtige Ordeistung aufwarten konnte. Eine bessere Antwort des Reichsbundes Bad Schmiedeberg auf die vorzeitlich gefälligen Angriffe gegen seinen Vorsitzenden seitens einiger „Baterländischen“ war nicht denkbar. Die auswärtsigen Gäste, die mit dem Abendgange aus der Richtung Wittberg eingetroffen waren, wurden am Bahnhof Wittberg empfangen. Unter Vorantritt der Spielmannsgruppe von Wittberg und Coswig fand ein Festabend vom Bahnhof bis zum Kurpark statt, wo die Festen eingebracht wurden. Frau Lehrer Reichholz sprach darauf ausdrucksvoll den Festprolog. Die laufende Zahl alle Geschichte der freien Schwarz-Rot-Gold zeigte der Lichtbildvortrag „Schwarz-Rot-Gold“ der deutschen Parteien in Geschichte und Dichtung“ von Dr. Marquardt, gehalten von Kameraden Reichholz. Hierauf hielt Kamerad Rektor Tschander von Eilenburg die martige Festanrede, ausfindig in „Einigkeit, und Recht und Freiheit“! Aufführung trugte dann über zu dem prächtigen, kulturhistorischen Bild von 1525, der Eideszene aus Gershart Hauptmanns „Glorien Geyer“, die von Schmiedeberger Kameraden überaus lebenswahr dargestellt wurde. Das letzte Wort, das von der Bühne herabgerufen wurde, aber bei festgehaltenen als ein Wechsler, ein Einbild der Reichsbundes Schwarz-Rot-Gold: „Der deutschen Zwittertracht mitten ins Herz!“ Beim Tanz blieben die Kameraden mit ihren Gästen noch einige Stunden zusammen. H. S.

Bei unregelmäßiger Post-Bestellung

beschwere man sich stets bei dem zukünftigen Postamt, auch dann, wenn dem Leser unsere Zeitung durch den Verlag überwiesen wird. Erst wenn die wiederholte Beschwerde ohne Erfolg bleibt, bitten wir um Mitteilung.

